

# E+Z

Monatliches e-Paper

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT **E+Z**

DEVELOPMENT  
AND COOPERATION **D+C**

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

August 2016

**Wirksame Politik  
SDG-Erfolg hängt  
von besserer  
Kooperation ab**

**Behinderungen  
Bei jeder Planung  
muss soziale Inklusion  
früh bedacht werden**

**Berufsbildung  
Wichtige Aufgabe  
für Unternehmen  
in Brasilien**



**Lebenschancen  
im ländlichen Raum**

## Schwerpunkt: Lebenschancen im ländlichen Raum

### Kulturelles Erbe bewahren

Kultur und Tradition spielen eine wichtige Rolle für ländliche Gemeinschaften, insbesondere für unterdrückte Minderheiten wie die Adivasis in Indien. **Boro Baski**, der der Volksgruppe der Santals angehört, beschreibt, wie das kulturelle Erbe bewahrt werden kann. [Seite 14](#)

### Heirat statt Schulabschluss

Die Einschulungsraten in Bangladesch haben sich in den vergangenen 25 Jahren enorm verbessert, und es gehen mehr Mädchen zur Schule als Jungen. Allerdings sind die Abbrecherzahlen hoch, vor allem auf dem Land, wie die Wissenschaftler **M. Niaz Asadullah** und **Zaki Wahhaj** erläutern. [Seite 16](#)

### Innovationshemmnisse abbauen

Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) wollen die UN eine Welt ohne Hunger erreichen. Den Worten müssten nun Taten folgen, fordert **Stefan Schmitz** vom BMZ. [Seite 18](#)

### Weite Entfernungen

Für mehr Ernährungssicherheit und weniger Armut im ländlichen Afrika müssen die Einkommen steigen. Laut **Susanne Neubert** vom Seminar für ländliche Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin kommt es dazu vor allem auf bessere Transportwege an. [Seite 19](#)

### Gesundheitssysteme verbessern

Die medizinische Versorgung auf dem Land ist in den meisten Entwicklungsländern schlecht. **Anne Jung** von medico international analysiert die Lage in Sierra Leone nach der Ebola-Epidemie, und **Olaf Hirschmann** und **Herman Joseph Kawuma** von der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAH) stellen ein Radioprogramm zur Lepra-Aufklärung in Uganda vor. [Seiten 23, 26](#)

### Zurück in den Alltag

Der Erfolg der Friedensverhandlungen in Kolumbien hängt zu einem großen Teil davon ab, ob die Wiedereingliederung der vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen gelingt. Die deutschen Wissenschaftler **Gregor Maaß** und **Mario Pilz** erklären, wie das gelingen kann. [Seite 29](#)

### Lehren aus Mariana

Ein Dammbau im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais nahe der Stadt Mariana führte 2015 zu 19 Toten und großen Zerstörungen. Die Behörden müssten wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz unter einen Hut bringen, schreibt **Renata Buriti**, die auf Wasserressourcenmanagement spezialisiert ist. [Seite 32](#)

## Editorial

# Ländliche Urbanisierung

➔ Leben auf dem Land bedeutet in Deutschland etwas ganz anderes als in Afrika oder anderen wenig entwickelten Weltgegenden und ähnelt in vieler Hinsicht dem Stadtleben. Selbst in entlegenen Winkeln der Bundesrepublik gibt es Arbeit in verschiedenen Branchen und Berufen – wenn auch die Vielfalt kleiner ist als in den Ballungszentren. Die Straßen sind gut. Es gibt Schulen, Ärzte und Supermärkte sowie eine zuverlässige Stromversorgung. Das Leben der Landbevölkerung entspricht heute in vielen reichen Ländern in Bezug auf Wahlmöglichkeiten, Bildungschancen, Berufswahl, Gesundheitsversorgung und Freizeitangebot durchaus urbanen Standards.

Ganz anders sieht es in den ländlichen Gegenden in Entwicklungsländern aus. Leben auf dem Land bedeutet für viele Menschen Armut und Chancenlosigkeit. Die Not ist auf den ersten Blick nicht so offensichtlich wie in den Städten mit ihren Slums und Armenvierteln, doch ist sie auf dem Land stärker verbreitet und oft noch bitterer.

In den ländlichen Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fehlt es häufig grundsätzlich an staatlichen Leistungen, angefangen von Straßen und Strom bis hin zu Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen. Als Folge dessen gibt es in ländlichen Gebieten auch wenig Handels- und Gewerbebetriebe und somit fast keine formalen Arbeitsplätze.

Die einzige Einnahmequelle ist vielfach die Landwirtschaft. Auf ihr ruht ein besonderes Augenmerk. Die landwirtschaftlichen Betriebe und Kleinbauern zu stärken bedeutet, Entwicklung auf dem Land voranzubringen. Das ist vielerorts allerdings nicht einfach und bedarf laut Experten einer Anschubfinanzierung durch Geber – nicht zuletzt, um die Infrastruktur auszubauen. Dabei geht es um Straßen, Wasserleitungen und so weiter, aber auch um Schulen, Gesundheitszentren oder einfach nur um Zugang zu staatlicher Verwaltung. Wichtig ist zudem die Vermittlung von regionalspezifischem Wissen über Dinge wie Anbaumethoden, Pflanzenzüchtung, Bewässerung, Düngung und so weiter. Dabei müssen heute unbedingt auch die durch den Klimawandel veränderten Bedingungen berücksichtigt werden.

Optimal wäre eine ländliche Entwicklung, die viele Kleinstädte als Knotenpunkte zwischen den Dörfern entstehen lässt. Wenn die Bauernhöfe gedeihen, könnten dort neue Märkte entstehen – und die Kleinstädte könnten als Mikrozentren einerseits Agrarprodukte verarbeiten und andererseits den Bauern die Güter und Dienste bereitstellen, die sie brauchen. So entstünden neue Erwerbschancen. Solch eine Entwicklung wäre die ökologisch, ökonomisch und sozial attraktivere Alternative zur Landflucht in die Megastädte, die oft ohnehin schon überfordert sind. Das Leben im ländlichen Raum der ärmeren Weltregionen würde allmählich auf ähnliche Weise urbanisiert, wie es das in Deutschland heute ist.

Auch für die Demokratisierung eines Landes ist die Entwicklung des ländlichen Raums essenziell. In dünnbesiedelten Gegenden, wo der Staat oft gar nicht präsent ist, geben Traditionen und Clans den Ton an, nicht gewählte Regierungen. Modernisieren im demokratischen Sinn bedeutet auch, ländliche Infrastruktur auszubauen. Denn Straßen, Strom, Schulen oder Krankenhäuser gehören zum Aufgabenbereich des Staats. Können sich Bürger in dieser Hinsicht auf den Staat verlassen, stärkt das seine Legitimation. Die Menschen identifizieren sich dann zunehmend mit Staat, Regierung und Demokratie, und die Tradition verliert an Bedeutung. ←



**Sabine Balk**

ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation. [eu.z.editor@fs-medien.de](mailto:eu.z.editor@fs-medien.de)

## Sommer-Special

4

In unserem diesjährigen Sommer-Special rezensieren wir die Filme Das Mädchen Hirut, Voices of violence, Timbuktu, A girl walks home alone at night, Angry Indian goddesses und Ixcanul / Heutzutage: Journalisten in Burundi und im Exil / Impressum

## Schwerpunkt: Lebenschancen im ländlichen Raum

*Boro Baski*

Warum das kulturelle Erbe ländlicher Gemeinschaften erhalten werden muss

14

*Niaz Asadullah und Zaki Wahhaj*

Bangladesch muss mehr für die Schulbildung von Mädchen tun

16

*Stefan Schmitz*

Wie ländliche Regionen fit für die Zukunft werden

18

*Interview mit Susanne Neubert*

„Landwirtschaftliche Produktivität steigern“

19

*Anne Jung*

Mangelhafte Gesundheitssysteme waren für die Ebola-Ausbreitung in Westafrika verantwortlich

23

*Olaf Hirschmann und Herman Joseph Kawuma*

Radioprogramm in Uganda klärt über Lepra auf

26

*Gregor Maaß und Mario Pitz*

Opfer des Bürgerkriegs in Kolumbien müssen wieder eingegliedert werden

29

*Renata Buriti*

Brasilien braucht stärkere Kontrolle und Regulierung im Bergbau

32

## Tribüne

*Hildegard Lingnau*

OECD-Ratschläge zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit

34

*Bettina Kieck*

Wie Inklusion Behinderter in Entwicklungsländern gelingt

36

*Interview mit Bruno Wenn*

Investitionen in Ausbildung lohnen sich

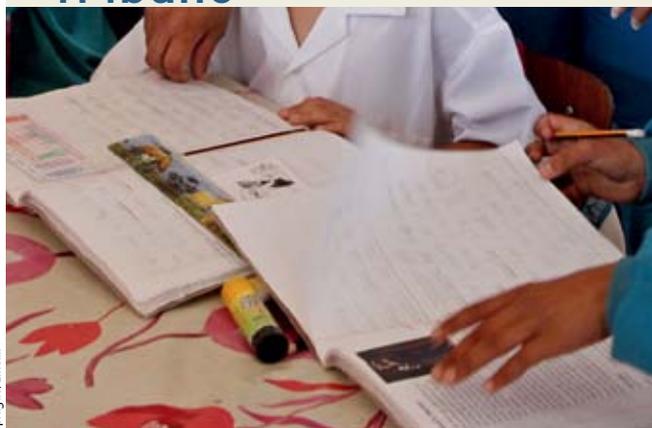
38

## Debatte

40

Kommentare zu menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung, den Folgen des Brexits, digitalen Beweisen in internationalen Strafprozessen und der Abwertung der nigerianischen Währung

## Tribüne



Spangue/lineair

## Erfolgreiche Inklusion

Das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) an der Humboldt Universität Berlin zeigt in einer Studie plus Handbuch auf, wie Inklusion von Menschen mit Behinderung systematisch und nachhaltig in Entwicklungsprojekten verankert werden kann.

**Bettina Kieck**, die das Studienteam leitete, stellt das Konzept vor. [Seite 36](#)

## Investitionen in Ausbildung

Kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Sie bilden das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft. **Bruno Wenn** vom Entwicklungsfinanzierer DEG erläutert im Interview anhand des Beispiels Brasilien, warum Investitionen in Aus- und Fortbildung wichtig sind. [Seite 38](#)

## Debatte



Yul Mok/empics/picture-alliance

## Brexit aus asiatischer Sicht

Die meisten Südasiaten, die im Vereinigten Königreich leben, möchten in der EU bleiben. Sollte der Brexit vollzogen werden, werden Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zunehmen, befürchtet **Ceciel Shiraz Raj** von der Human Rights Commission of Pakistan und dem Pakistan-India Peoples Forum for Peace and Democracy. Viele Migranten fürchten daher um ihre Zukunft. [Seite 41](#)



# Sommer-Special

Im vergangenen Sommer hat die Redaktion von E+Z/D+C Bücher als Urlaubslektüre empfohlen. Für das diesjährige Sommer-Special haben wir Filme ausgesucht. Wie auch die Bücher im vergangenen Jahr beschäftigen sich alle Filme mit entwicklungspolitischen Themen. Wir finden sie sehenswert und empfehlen sie Ihnen, liebe Leserschaft, gerne weiter.

# Kampf gegen veraltete Traditionen

In seinem Film „Das Mädchen Hirut“ schlägt der äthiopische Regisseur Zeresenay Berhane Mehari eine Brücke zwischen ländlichen Wertevorstellungen und dem modernen Äthiopien. Der Film ist ein Fenster in eine Kultur, die westlichen Zuschauern sonst verborgen bleibt.

Von Dagmar Wolf

➔ Stolz nimmt die 14-jährige Hirut ihr Zeugnis entgegen. Der Lehrer hat sie vor allen Schülern gelobt. Glücklich hüpfte sie über die Felder, als sie hinter sich Hufgetrappel hört. Bewaffnete Männer auf Pferden umkreisen und entführen das 14-jährige Mädchen. Achtlos flattert das Zeugnis auf den Boden.

Hirut wird in einen Stall gesperrt, wo ein ihrer Entführer sie vergewaltigt. Der Tradition zufolge droht dem Vergewaltiger keine Strafe, wenn er sein Opfer heiratet. Das heißt „Telefa“ und ist offiziell zwar verboten, aber im ländlichen Raum vielfach noch üblich.

Hirut gelingt die Flucht, sie nimmt das Gewehr ihres Peinigers mit. Er rennt ihr hinterher, und sie erschießt ihn. Daraufhin wird sie wegen Mordes angeklagt. Hirut droht die Todesstrafe.

Die Anwältin Meaza Ashenafi übernimmt Hiruts Verteidigung. Ihre unabhängige Organisation Andenet kämpft für die Rechte von Frauen und Kindern. Der Film ist kein pathetisches Gerichts-drama, sondern beleuchtet sensibel die familiären und sozialen Hintergründe. Der Kontrast zwischen Stadt und Land ist scharf. In der Hauptstadt Addis Abeba arbeiten Akademiker mit PC und Telefon. In den idyllisch anmutenden Dörfern hingegen scheint die Zeit stillzustehen.

Recht sprechen hier nicht Richter, sondern der Ältestenrat. Als Hiruts Vater seine Tochter vor diesem Gremium verteidigt, betonen Männer aus dem Dorf die Tradition und beschimpfen den örtlichen Lehrer, den Kindern die falschen Werte zu vermitteln. Der Ältestenrat beschließt, dass Hiruts Vater dem Vater des Getöteten eine Entschädigung zahlen muss und das Mädchen nicht mehr im Dorf leben darf. Immerhin beschließt er nicht, dass sie sterben soll.

Die Anwältin findet unterdessen für Hirut einen Platz in einem städtischen Kinderheim. Zeitweilig steht die Existenz ihrer NGO auf dem Spiel. Sie klagt nämlich im Zuge des Verfahrens auch einen Minister an, weil dessen Verwaltung sich nicht ans Gesetz hält. Im Gegenzug hebt die Regierung ihre NGO-Lizenz auf, nimmt diese Entscheidung aber überraschend wieder zurück. Am Schluss spricht die staatliche Justiz Hirut frei, worüber die Medien – wichtig ist vor allem das Radio – ausführlich berichten. Ein perfektes Happy End gibt es aber nicht, denn der Teenager bleibt enturzelt.

„Das Mädchen Hirut“ beruht auf einem Präzedenzfall, der 1996 definitiv klarstellte, dass die Telefa-Tradition nicht nur formal illegal ist. Das war ein wichtiger Wendepunkt für die Frauenrechte auf dem Land. Seitdem kann die Telefa mit 15 Jahren Haft oder mehr bestraft werden. In abgelegenen ländlichen Regionen ist die Tradition allerdings bis heute nicht gänzlich abgeschafft.

Entsprechend will der Regisseur mit dem Film seine Landsleute aufklären und

überzeugen. Er behandelt alle Personen mit Respekt und lässt sie klar aussprechen, was sie für richtig oder falsch halten. Künstlerische Vieldeutigkeit bedeutet ihm weniger als dokumentarische Eindeutigkeit und diskursive Vollständigkeit.

Mehari hat in Los Angeles Film studiert, nutzt aber keine Hollywood-Methoden. Er verzichtet auf reißerische Szenen. Sein Ziel ist nicht packende Unterhaltung, er will die Zuschauer – vor allem in Äthiopien – für seine Sicht gewinnen. Es war ihm wichtig, den Film nicht auf Englisch, sondern auf Amharisch zu drehen, damit sein Werk in seiner Heimat etwas bewirken kann. International hilfreich war aber sicherlich auch, dass Hollywood-Star Angelina Jolie den Film mitproduziert hat.

Auch die äthiopische Regierung hat die Produktion des Films unterstützt. Leider ist fraglich, ob der äthiopische Staat heute noch im selben Maße Rechtskriterien in der Auseinandersetzung mit einer kritischen NGO-Anwältin gelten lassen würde. Es ist immer noch dieselbe Partei an der Macht, sie agiert aber zunehmend autoritär und rücksichtslos. Dass auch heute die Suspendierung einer NGO-Lizenz wieder rückgängig gemacht werden würde, scheint eher unwahrscheinlich. ←

### Film

**Das Mädchen Hirut**, 2014, Äthiopien, Regisseur: Zeresenay Berhane Mehari



Hirut will unbedingt in die Schule gehen und später in der Stadt studieren.

# Unvorstellbar

Gewalt gegen Frauen ist leider allzu normal, und es ist leicht wegzuschauen. Claudia Schmid wollte das nicht tun. Die Filmmacherin begab sich auf eigene Faust auf eine beschwerliche und gefährliche Reise in den Osten der Demokratischen Republik Kongo. Dort kommt es zu schier unglaublichen Gewaltexzessen vor allem gegenüber Frauen, die die Weltöffentlichkeit so gut wie nicht wahrnimmt. Schmid lässt die Opfer in ihrem „Film Voices of Violence“ zu Wort kommen.

Von Sabine Balk

➔ Der Osten der DR Kongo ist ein gesetzloses Gebiet, in dem Rebellen-Gruppen das Sagen haben. Sie terrorisieren die Landbevölkerung und fallen in den Dörfern des dünnbesiedelten Gebiets ein. Sie plündern, morden und terrorisieren Frauen und Kinder. Häufig verschleppen die Rebellen Frauen und Mädchen in Lager im Urwald, wo sie sie vergewaltigen und quälen. Claudia Schmid reiste zweimal für mehrere Monate in die Region Nord-Kivu und fand einige misshandelte Frauen, die bereit waren, über ihre traumatischen Erlebnisse vor der Kamera zu sprechen.

Claudia Schmid konzentrierte sich aber nicht nur auf die Frauen, sondern interviewte auch Männer. Deren Aussagen offenbaren die tief in der kongolesischen Gesellschaft verankerte Frauenfeindlichkeit. Männer, die offensichtlich nichts nützlich herumlungern, erklären, dass Frauen ihnen bedingungslos gehorchen müssten, sonst seien sie keine guten Ehefrauen und verdienten es, geschlagen und verlassen zu werden.

In Voices of Violence schildern Vumilla und andere Frauen eindrücklich mit ausladenden Gesten direkt in die Kamera, was die Rebellen ihnen angetan haben. Vumilla erzählt, dass die Männer sie brutal vergewaltigten und ihre kleine Tochter vor ihren Augen töteten. Vumilla wurde mit anderen Gefangenen in ein Rebellencamp verschleppt dort wochenlang als Sexsklav- in gequält.

Walungu schildert eines der grausigsten Details: Sie sah, dass die Rebellen einer Schwangeren das ungeborene Baby aus dem Leib schnitten und sie zwangen, es zu essen. Die Frauen weinen und krümmen sich, während sie über diese abartigen Erlebnisse berichten. Der Zuschauer krümmt sich ebenfalls und möchte mitweinen. Bestialische Gräueltaten wie diese kann sich kein gesunder Verstand auch nur ausmalen.

Es tut weh, diese Dokumentation zu sehen, und der Zuschauer möchte aus dem Kinosaal laufen oder den Fernseher ausschalten. Aber das dürfen wir nicht. Denn diese Gräueltaten passieren, und die Öffentlich-

keit muss davon erfahren. Nur so besteht die Hoffnung, dass sich etwas ändert. Wir alle sind nicht unschuldig an dem, was im vergessenen Ostkongo passiert. Denn diese Rebellen finanzieren sich durch die Bodenschätze, die sie im Niemandsland an der Grenze zwischen Kongo, Ruanda und Burundi ausgraben. Viele dieser Mineralien – allen voran Coltan – werden zur Fertigung von Smartphones benötigt. Der Hunger der reichen Welt nach diesen Geräten feuert den Konflikt um diese Rohstoffe und damit die Gewalt im Kongo an.

Der Film von Claudia Schmid lässt den Zuschauer aber nicht völlig hoffnungslos und verzweifelt zurück. Im Gegenteil – zum einen ist zu erfahren, dass durch Verbraucherdruck auf Handyhersteller etwas zu ändern ist. Zum anderen ist auch Vumilla und den anderen gezeigten Frauen Hilfe zuteil geworden. Die katholische Organisation Missio unterstützt als eine der wenigen westlichen Hilfsorganisationen im Osten Kongos Traumazentren für Frauen, die von Rebellen miss-handelt wurden. Vumilla sagt, dass sie verrückt geworden wäre, wenn sie keine psychologische Hilfe bekommen hätte. In den Traumazentren konnten die Frauen neuen Lebensmut fassen, indem sie sich die schrecklichen Erinnerung von der Seele redeten. Sie gründeten eine Frauengruppe, die sich regelmäßig trifft. Initiativen wie diese bräuchte es noch viel mehr im Kongo und anderen von Gewalt betroffenen Gegenden.

Der Film ist keine leichte Kost und bleibt noch lange im Gedächtnis haften. Vielleicht löst es bei dem ein oder anderen auch ein Umdenken bezüglich des sorglosen Umgangs mit Handys aus. Immerhin gibt es – wenn auch nur wenige – alternative Anbieter, die keine Konfliktmineralien verwenden wie das niederländische Fairphone und das deutsche Shiftphone. Außerdem kann man sich auch zum Beispiel über Missio für „saubere“ Handys engagieren. ←

### Film

**Voices of Violence**, 2016, Deutschland, Regie: Claudia Schmid

### Links

**Missio – Aktion saubere Handys:**

<https://www.missio-hilft.de/de/aktion/schutzengel/fuer-familien-in-not-weltweit/saubere-handys/>

**Fairphone:** <https://www.fairphone.com/de/>

**Shiftphone:** <http://www.shiftphones.com/>



Vumilla (links) und Walungu schildern im Film die Gräueltaten der Rebellen.

# Islamistischer Terror aus muslimischer Sicht

Im Westen heißt es immer wieder, Muslime stellten sich nur halbherzig gegen den islamistischen Terror. Wer das denkt, sollte sich Abderrahmane Sissakos Film „Timbuktu“ anschauen. Er handelt von der Schreckensherrschaft einer islamistischen Miliz in einer Stadt in der Sahelzone. Der Regisseur nutzt poetische Mittel, aber seine Botschaft ist alles andere als halbherzig. Sein eindrucksvolles Werk verdient breite Aufmerksamkeit.

Von Hans Dembowski

➔ Der Film wurde in Mauretanien gedreht, trägt aber den Namen der Stadt in Mali, in der er spielt. Islamistische Fundamentalisten hielten sie mehrere Monate lang besetzt, bis sie von malischen und französischen Truppen im Frühjahr 2013 befreit wurde.

Sissako ist nach der Geburt in Mauretanien selbst in Mali aufgewachsen. Er

verurteilt. Einer macht ständig Zigarettenpausen. Rauchen ist zwar verboten, aber seine Sucht hat ihn im Griff.

Gut gemachte Szenen verdeutlichen, wie absurd es ist, Musik oder Fußball zu verbieten. Einmal wird eine junge Frau ausgepeitscht, weil sie gesungen hat. In ihrem Schmerz beginnt sie ein Gebet zu singen. Ein andermal spielen junge

Hollywoods Oscars, gewonnen. Wie echte Kunst das tun muss, unterhält der Film nicht nur, er klärt auf. Er beweist auch, dass schwierige politische Verhältnisse am besten von Künstlern behandelt werden sollten, die Land und Leute kennen. Kein Außenseiter könnte Malis jüngste Tragödie so kompetent behandeln.

Hätte ein nordamerikanischer oder europäischer Regisseur sich dieses vielschichten Themas angenommen, hätte vermutlich ein weißer Entwicklungshelfer, der sich in Afrika zurechtfinden muss, im Mittelpunkt gestanden. So war das beispielsweise auf deprimierende Weise bei „Der letzte König von Schottland“, einer britisch-amerikanischen Koproduktion. Dieser Film gewann viel internationale Aufmerksamkeit, unter anderem weil Forest Whitaker 2006 für seine Rolle als Ugandas Diktator Idi Amin einen Oscar gewann. Der Film handelte von einem jungen schottischen Arzt, der Ugandas Armen helfen will und sich in ein brutales Regime verstrickt. Unterschwellig bediente er das Klischee vom gefährlichen Kontinent, wo Gutmenschen aus Europa nichts ausrichten können. Er bot keine Einblicke in die Komplexität einer afrikanischen Gesellschaft.

Sissako arbeitet ganz anders. Er untersucht afrikanische Probleme aus einer afrikanischen Perspektive. Die Rollen, die er präsentiert, gehören nicht zu einer Masse armer Menschen, auch wenn sie nach EU-Verständnis nicht wohlhabend sind. Ihre Existenz ist sinnvoll und entspricht kulturellen Werten. Verelendung wird gezeigt – aber es ist die spirituelle und politische Verelendung der islamistischen Unterdrückung.

Sissako verdient als Regisseur international Beachtung – und selbstverständlich auch in Mali. Wie er im Mai 2015 aber der britischen Zeitung The Guardian sagte, ist sein Film dort gar nicht gelaufen. Der Grund war ihm zufolge nicht Angst vor Islamisten, sondern schlicht der Mangel an Kinos. ←

## Filme

**Timbuktu**, 2014, Frankreich/Mauretanien, Regisseur: Abderrahmane Sissako

**The last king of Scotland**, 2006, Britannien/USA, Regisseur: Kevin Macdonald



Szenenfoto/Cannes Film Festival/picture-alliance/dpa

Die Islamisten wollen in Timbuktu alles kontrollieren.

studierte im sowjetischen Moskau und lebte später lange in Frankreich. Seine Erzählweise ist differenziert und stellt nicht platt gut gegen böse. Alle Personen, die vorkommen, sind menschliche Wesen mit Gefühlen und Gedanken. Sie diskutieren miteinander, Glaube und Zweifel prägen sie. Viele Milizionäre sind unsicher und verwirrt, und manche agieren unglaublich brutal. Wie ihre Opfer werden auch sie als Menschen gezeigt.

Die fundamentalistischen Befehlshaber stützen sich auf ihre Waffen, können aber nicht auf Augenhöhe mit dem örtlichen Imam diskutieren, der ihr Handeln

Männer imaginären Fußball. Sie rennen über den Platz, winken sich zu, und einer schießt sogar ein Tor – alles ohne Ball.

Sehr unterschiedliche Leute kommen vor. Wegen einer Kuh eskaliert ein Streit, und dabei stirbt jemand. Die selbsternannten religiösen Führer sind offensichtlich damit überfordert, Gericht zu halten. Sissako zeigt die Arroganz und Brutalität der islamistischen Ideologie und stellt zugleich ihre religiöse wie weltliche Unzulänglichkeit bloß.

Timbuktu hat zu Recht mehrere Césars, die französischen Gegenstücke zu

# Iranische Blutsaugerin

Alles, was im Iran nicht erlaubt ist, geht in diesem Film: Drogen, westliche Musik, Prostitution und eine Frau nachts allein auf der Straße – noch dazu als skateboardfahrende Vampirin im Tschador. In ihrem Fantasy-Stück „A girl walks home alone at night“ stellt Ana Lily Amirpour alles auf den Kopf, was Iran heute ausmacht. Das ist für sie kein Problem – denn der oft als „erster iranischer Vampirfilm“ betitelte Kinostreifen stammt aus den USA.

Von Eva-Maria Verfürth

➔ Wer diesen Film gesehen hat, dem wird stets das Bild der Hauptperson vor Augen sein, wie sie durch die Straßen von Bad City gleitet. Gehüllt in einen Tschador, flattert die junge Hipster-Vampirin auf einem Skateboard durch die pechschwarze Nacht.

Mit diesem ungewöhnlichen Setting hat der Film bei Kritikern für Aufsehen gesorgt. Der Tschador, das zentrale Objekt im Film, ist eigentlich die politisch korrekte Bekleidung für iranische Frauen – ein schwarzes Tuch, das sämtliche Kör-

sich langsam eine Liebesgeschichte zwischen ihm und der Vampirfrau.

„A girl walks home alone at night“ ist in persischer Sprache aufgenommen, und die Rollen sind mit iranischen Darstellern besetzt. Gedreht wurde allerdings in Kalifornien, die Musik ist an US-Western angelehnt, und auch sonst erinnert wenig an den wirklichen Iran. Die Regisseurin Ana Lily Amirpour sprach auch nie von einer politischen Botschaft hinter ihrem Werk. „A girl walks home alone at night“ ist vielmehr das Kunstprojekt einer Tochter ira-

Die Reaktionen auf den Film reichen von „politisch“ und „feministisch“ bis „inhaltsleer“, von „erster iranischer Vampir-Western“ bis zu „westliche Popkultur in persischer Sprache“, von „großer Kunst“ zu „nichts davon ist richtig originell“. Die Faszination des Films liegt genau zwischen diesen Extremen.

Vielleicht ist die Abwesenheit einer eindeutigen politischen Botschaft gerade die Besonderheit des Films. Filme über den Iran, gerade aus den USA, haben für gewöhnlich immer auch einen politisch-gesellschaftlichen Hintergrund. Die Hauptdarstellerin Sheila Vand beispielsweise bedauert, dass die Rollen für Iraner in den USA immer das Iraner-Sein problematisierten. Dieser Film hingegen ist anders: Wer mag, kann darin viel politische oder feministische Andeutungen finden. Wer mag, kann aber auch einfach einen gut-gemachten Arthouse-Film genießen.

Vielleicht ist auch gerade die Tatsache, dass es eindeutig ein Diaspora-Film ist, das Authentische daran. Zuschauer beschwerten sich, dass die persische Sprache im Film eindeutig US-amerikanisch geprägt sei. Das ist wenig erstaunlich und auch nicht anders gewollt: Amirpour sagt im Interview selbst, dass es ihr nicht leichtgefallen sei, ein Drehbuch auf Farsi zu schreiben. Und vielleicht ist es auch gerade die Tatsache, dass hier Stilmittel aus altbekannten Filmen mit völlig neuen und scheinbar unpassenden Bildern und Ideen gepaart werden, die ihn zu großer Kunst machen.

„A girl walks home alone at night“ ist allen zu empfehlen, die einen von Grund auf überraschenden und unerwarteten Film aus der iranischen US-Diaspora sehen möchten. Amirpour deutete in Interviews an, dass die Vampirin sie selbst darstelle – in ihrer Einsamkeit und Heimatlosigkeit, aber auch in ihrer Verwurzelung in der westlichen Popkultur. Bad City steht dabei für alles, was sie im Iran nicht sein dürfte. Doch genau hier, in diesem iranisch-amerikanischen Hybrid, findet sie die Liebe. ◀

### Film

**A girl walks home alone at night**, 2014, USA, Regisseurin: Ana Lily Amirpour



*A girl walks home alone at night: Die Vampirfrau von Bad City ist nachts immer allein unterwegs.*

performen verhüllen soll. Der Film ist künstlerisch in Schwarzweiß gehalten, kommt mit wenig Worten aus, präsentiert dafür aber viel Musik und atmosphärische Bilder.

Die Handlung spielt in einer fiktiven iranischen Stadt, genannt „Bad City“, die vom Verbrechen beherrscht wird. Dort leben Arash, sein drogenabhängiger Vater sowie eine mysteriöse junge Frau. Letztere tanzt zu Hause gerne zu persischsprachiger Pop- und Elektromusik und verwandelt sich nachts in eine Vampirfrau, die Einwohner verfolgt und ihr Blut trinkt. Auch Arash trifft nachts auf das geheimnisvoll verhüllte Mädchen. Doch er wird nicht gebissen – stattdessen entwickelt

nischer Eltern, die selbst nie im Iran gelebt hat.

Genau deshalb regt der Film aber zum Nachdenken an. Er ist ein verrücktes Spiel mit Bildern und Musik aus unterschiedlichen Kulturkreisen, das alles Gewohnte auf den Kopf stellt. Während in Europa und den USA beispielsweise die islamische Kopfbedeckung in den letzten Jahren zum Reizthema geworden ist und während der Tschador im Iran das Symbol der entrechteten Frauen ist, kann Amirpour ihm all diese Bedeutungsschwere nehmen und genau das daraus machen, was es ist: ein nahezu formloses schwarzes Laken, das genauso gut ein Vampirumhang sein könnte.

# Frauen schlagen zurück

Von einem Film über sieben junge Frauen bei einer Junggesellen-Party erwartet man nicht ein bewegendes politisches Statement über Gleichberechtigung und sexuelle Freiheit. Aber der indische Film „7 Göttinnen“ (im Original: „Angry Indian Goddesses“) ist genau das: eine unterhaltsame Story über sieben Frauen und gleichzeitig ein kühner Aufschrei gegen die häufige sexuelle Belästigung und Vergewaltigung in Indien.

## Von Sheila Mysorekar

➔ Er beginnt als typischer Hindi-„Mädchenfilm“: sechs junge Städtinnen und eine Hausangestellte treffen sich in Goa an der indischen Westküste, in dem Ferienhaus von einer von ihnen. Die Kindheits-Freundinnen wollen ein ausgelassenes Wochenende unter Frauen verbringen, weil Frieda, die Gastgeberin, bald heiratet. Eine interessante Wendung ist, dass sie ihren Freundinnen nicht erzählt, wer der Auserwählte ist; auch die Zuschauer werden darüber erst einmal im

chen über Trauer und Erfolg. Die offene Sprache und der entspannte Umgang mit sexuellen Themen sind überraschend. Die Zuschauer haben das Gefühl, die Frauen mit all ihren Geheimnissen und Hoffnungen gut kennenzulernen.

Die kleine Tochter der gestressten Geschäftsfrau ist auch dabei. Das stille kleine Mädchen wird später im Film eine entscheidende und sehr überraschende Rolle haben. Wendungen im Plot sind



Im Film wird viel gelacht.

Dunkeln gelassen. Es würde den Spaß verderben, hier zu erwähnen, wen Frieda nun heiratet, nur so viel: Es ist eine wirkliche Überraschung.

Die sieben Frauen leben sehr unterschiedlich – eine ist eine einflussreiche Geschäftsfrau, eine ist erfolglose Musikerin, die andere eine gelangweilte Hausfrau, die nächste eine kämpferische Umweltaktivistin, eine ist Hausangestellte und so weiter. Sie reden frei über alle möglichen Themen: Liebe, Arbeit, Männer, Sex – oder den Mangel daran. Sie spre-

häufig und halten die Spannung aufrecht. Nichts ist so, wie es erst scheint.

Lachen und Späße ziehen sich durch den Film, aber die Geschichte hat auch sehr düstere und dramatische Elemente. Eine Bande von Vergewaltigern greift eine der Frauen brutal an. Ihre Freundinnen reagieren mit einem Zorn, der der indischen Göttin des Todes und der Erneuerung, Kali, würdig ist – daher kommt auch der Titel. Der Film zeigt Frauen nicht als bloße Opfer, sondern als Akteure, die die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Ausgezeichnete Darstellerinnen, Kamera und Schnitt verhelfen der Geschichte zu großer Glaubwürdigkeit. Die tropische Landschaft Goas bietet einen reizvollen Rahmen. Und in bester Hindi-Film-Tradition ist die Musik sehr wichtig.

Der Film „Angry Indian Goddesses“ kam in Indien im Dezember 2015 in die Kinos und erregte große Aufmerksamkeit. Die Kritiken waren ausgezeichnet, die Zuschauerreaktionen positiv. Die Geschichte ist ein wichtiger Beitrag zur laufenden Debatte über sexuelle Belästigung in Indien; der Film stellt sich eindeutig gegen die weitverbreitete Straffreiheit für Vergewaltiger.

Beim Toronto International Film Festival in Kanada bekamen die „7 Göttinnen“ den zweiten Platz bei den People's Choice Awards, und beim Rom Film Festival bekam der Streifen den Zuschauerpreis. „Was wir in einem kleinen Dorf in Goa begonnen haben, erregt nun weltweit Aufmerksamkeit“, erklärte Regisseur Pan Nalin und sieht es als „Ode an indische Frauen“.

Die indischen Zuschauer bekommen jedoch nur eine zensierte Version des Filmes zu sehen. Das Central Board of Film Certification ordnete viele Einschränkungen an; alle Flüche wurden bereinigt.

Der Film läuft nun in 50 Ländern an. Bei der Film Premiere in Deutschland waren mehrere der Schauspielerinnen anwesend. Sie lobten Regisseur Pan Nalin als einen Mann, der seinem Team die „maximale Freiheit gab, das Skript zusammen zu entwickeln“. Die Schauspielerinnen betonten, dass sich der Film gegen sexuelle Belästigung und Vergewaltigung richtet. Er spricht sich vielmehr für sexuelle Freiheit und die Legalisierung von Homosexualität aus. „Dies betrifft nicht nur Indien“, sagte Rajshri Deshpande, die Laxmi spielt. „Vergewaltigung und sexuelle Belästigung sind weltweite Probleme. Dagegen muss überall vorgegangen werden.“

## Film

7 Göttinnen, 2015, Indien, Regisseur: Pan Nalin

# Mädchenschicksal

„Ixcanul“ ist ein schöner Film. Nicht nur wegen der beeindruckenden Bilder der guatemaltekischen Vulkanlandschaft, in der er gedreht ist. Und auch nicht nur wegen der Ursprünglichkeit und Exotik des Lebens seiner indigenen Protagonisten, das in traditionellen Riten wurzelt und viele – vor allem westliche – Zuschauer fasziniert. Es ist vor allem deshalb ein schöner Film, weil er die Maya, marginalisiert, arm und ungebildet wie sie sind, in all der Würde zeigt, die sie sich dennoch bewahrt haben.

Von Katja Dombrowski

→ Jayro Bustamante erzählt in seinem ersten Spielfilm von der Gegend, in der er selbst aufgewachsen ist. Im Mittelpunkt steht ein Dorf der Caqchikel, eines indigenen Volks in Guatemala, das zur Gruppe der Maya gehört. Als Schauspieler hat Bustamante Dorfbewohner ohne jegliche Schauspielerefahrung rekrutiert. Er organisierte Workshops, in denen die sozialen Probleme der Gemeinschaft zur Sprache kamen, er hörte sich die Lebensgeschichten der Menschen an und lernte ihre Erfah-

von Ixcanul, was in der Caqchikel-Sprache „Vulkan“ heißt, ist traurig. Sie beschreibt das typische Schicksal von Millionen von Mädchen weltweit. Die 17-jährige María, die mit ihren Eltern auf einer Kaffeeplantage am Fuß des Vulkans lebt und arbeitet, soll den Vorarbeiter Ignacio heiraten. Er ist eine gute Partie. Die Hochzeit würde nicht nur María, sondern auch ihre Eltern absichern.

María ist jedoch alles andere als begeistert. Ignacio, ein Witwer mit drei

María fasziniert die Vorstellung, mit Pepe zu gehen und mit dem traditionellen Leben zu brechen, das ihr beschieden ist. Gleichzeitig hat sie Angst davor. Ixcanul ist auch ein Film über das Erwachsenwerden. Er erzählt von der inneren Zerrissenheit eines jungen Mädchens zwischen der Welt, die es kennt, und der großen weiten Welt jenseits des Vulkans. Erwachende Sexualität spielt ebenfalls eine Rolle. María verliert ihre Jungfräulichkeit mit Pepe – hauptsächlich, um ihn an sich zu binden. Allerdings ohne Erfolg. Als María schließlich mit Pepe weggehen will, ist es zu spät: Er hat das Dorf bereits verlassen, ohne ihr Bescheid zu sagen. Zurück bleibt María, schwanger und in großen Schwierigkeiten – auch für ihre Eltern.

Ihre Mutter Juana nimmt die Sache in die Hand. Sie wendet verschiedene Maya-Rituale an, die jedoch nicht den gewünschten Effekt erzielen. Nach mehreren erfolglosen Abtreibungsversuchen kommt Juana zu dem Schluss, dass dieses Baby das Licht der Welt erblicken soll. Doch dann kommt es zu einer dramatischen Situation, in der traditionelle Vorstellungen und die Moderne aufeinanderprallen. Nach einem Schlangenbiss retten weiße Ärzte im Krankenhaus Marias Leben. Der Preis dafür ist hoch: Sie nehmen ihr das Baby weg, indem sie der Familie erzählen, es habe den Nötigkeitschnitt nicht überlebt. Kinderhandel war in Guatemala lange ein großes Problem, und die Betroffenen waren fast immer Indigene.

Am Ende heiratet María Ignacio doch. Sie hat es nicht geschafft, ihrer Bestimmung zu entkommen. María hat ihr Kind verloren und den Mann, der für Veränderung stand. Aber ist Ohnmacht wirklich die einzig mögliche Reaktion? Letztlich, das versinnbildlicht der Film, ist María wie der Vulkan: außen Stein, aber innen Feuer. Eines Tages wird sie ausbrechen. María mag gezwungen sein, ihre Rolle als Frau zu spielen. Aber sie kann vielleicht eines Tages für ihre eigenen Töchter anders entscheiden. ←

### Film

**Ixcanul (Vulkan)**, 2015, Guatemala/Frankreich, Regisseur: Jayro Bustamante



María bereitet sich auf die Hochzeit vor.

rungen und Sorgen kennen. Dann schrieb Bustamante die Story. Sie ist fiktiv, basiert aber auf einer wahren Geschichte. Dem Regisseur gelingt so eine besondere Perspektive aus dem Inneren der Maya-Community heraus.

Hauptthema ist die gesellschaftliche Rolle der Frau: insbesondere der Frau als Mutter und der Frau als Opfer, wie Bustamante in Interviews sagte. Die Geschichte

Kindern, ist deutlich älter als María und wenig attraktiv. Außerdem ist da noch Pepe, der ebenfalls auf der Plantage arbeitet und mit dem María angebandelt hat. Pepe, mehr Junge noch als Mann, ist zwar auch nicht Marias große Liebe. Aber er ist jung und rebellisch und verkörpert somit die Hoffnung auf Veränderung. Pepe zieht es jedoch in die USA, und auf dieser Reise kann er gewiss keinen Klotz am Bein gebrauchen.

# Heutzutage: Zwei Medienwelten für ein Land

Seitdem am 14. Mai 2015 ein Militärputsch in Burundi scheiterte, hat eine Jagd auf freie Medien begonnen. Männer in Polizeiuniform brannten die Gebäude von vier unabhängigen Medienhäusern nieder, weil die Regierung sie der Beteiligung an dem Coup beschuldigte. Journalisten wurden gefoltert, getötet, und Hunderte flohen aus dem Land. Die geflohenen Journalisten berichten nun aus dem Ausland, zumeist aus Ruanda, über die burundische Krise – und machen so auch kritische Berichterstattung wieder möglich.

Die Krise begann im April 2015, als die regierende Partei CNDD-FDD bekanntgab, dass der seit 10 Jahren amtierende Präsident Pierre Nkurunziza erneut kandidieren werde. Eine dritte Amts-

zeit verstößt aber gegen die Verfassung. Seitdem kochte die Hauptstadt Bujumbura: Junge Menschen aller politischen Richtungen demonstrierten friedlich auf den Straßen, und die Präsidentschaftsgarde begann, mit scharfer Munition auf sie zu schießen. Ein Teil der Sicherheitskräfte entschied schließlich, Pierre Nkurunziza zu stürzen, weil sie seine Kandidatur als Grund für die Unruhen ansahen. Der Putsch jedoch scheiterte, und die darauffolgende Gewalt zwang viele Menschen ins Exil.

Die Journalisten, die im Land geblieben sind, arbeiten nun unter ständiger Angst. Sie halten sich bei allen Angelegenheiten zurück, an denen Sicherheitskräfte beteiligt sein könnten. Der Sprecher des Präsidenten



behauptet zwar, dass Journalisten ihren Beruf frei ausüben könnten, doch Marie-Soleil Frère, Medienexpertin für Zentralafrika, sieht das ganz anders: „Nach dem gescheiterten Putsch wird den Burundiern der Zugang zu unabhängigen und pluralistischen Informationen verwehrt“, meint sie. Gerade Intellektuelle seien die Zielscheibe, wenn es darum geht, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Laut dem Journalisten Jean Ndayisaba wirkt sich die Repression auf alle Bürger aus und damit auch auf die Informationsquellen von Journalisten. „Ein Mann sagte mir, dass er die Mörder seiner Familienangehörigen kenne. Er weigerte sich aber, mir die Täter zu nennen, aus Angst, dass ihm dasselbe Schicksal widerfahren könnte.“ Ndayisaba zufolge können selbst Regierungsangestellte nicht frei sprechen. Die Menschen hätten vor

allem Angst, sich über Menschenrechtsverletzungen zu äußern.

Anders ist die Situation der Journalisten im Exil. Sie können Themen abdecken, über die ihre Kollegen nicht berichten können. Auf Sozialen Netzwerken verbreiten sie Berichte über die Menschen- und Grundrechtsverletzungen der Regierung. Dabei lassen sie Familien zu Wort kommen, deren Verwandte gefoltert, verschleppt oder umgebracht wurden.

„Wir sind zwar weit weg, aber wir sind frei, über alles zu berichten. Das missfällt der Regierung in Bujumbura, und das ist unsere Stärke“, sagt Valéry Muco von der Radiosendung Inzamba, die in Kigali produziert wird. Ihm zufolge hat das Land seit dem 14. Mai 2015 einen medialen Blackout. „Für uns hier im Ausland ist die journalistische Berufsethik unser Kompass“, sagt er.

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

**Marc Niyonkuru**  
ist freier Journalist aus Burundi.

[nimarc35@gmail.com](mailto:nimarc35@gmail.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
57. Jg. 2016  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
ISSN 2366-7249

**Herausgeberin:**  
**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

**Beirat:**  
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**Verlag:**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

**Anschrift von Verlag und Redaktion:**  
Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**Redaktion:**  
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

**Übersetzung:**  
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

**Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:**  
Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

**Druck:**  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

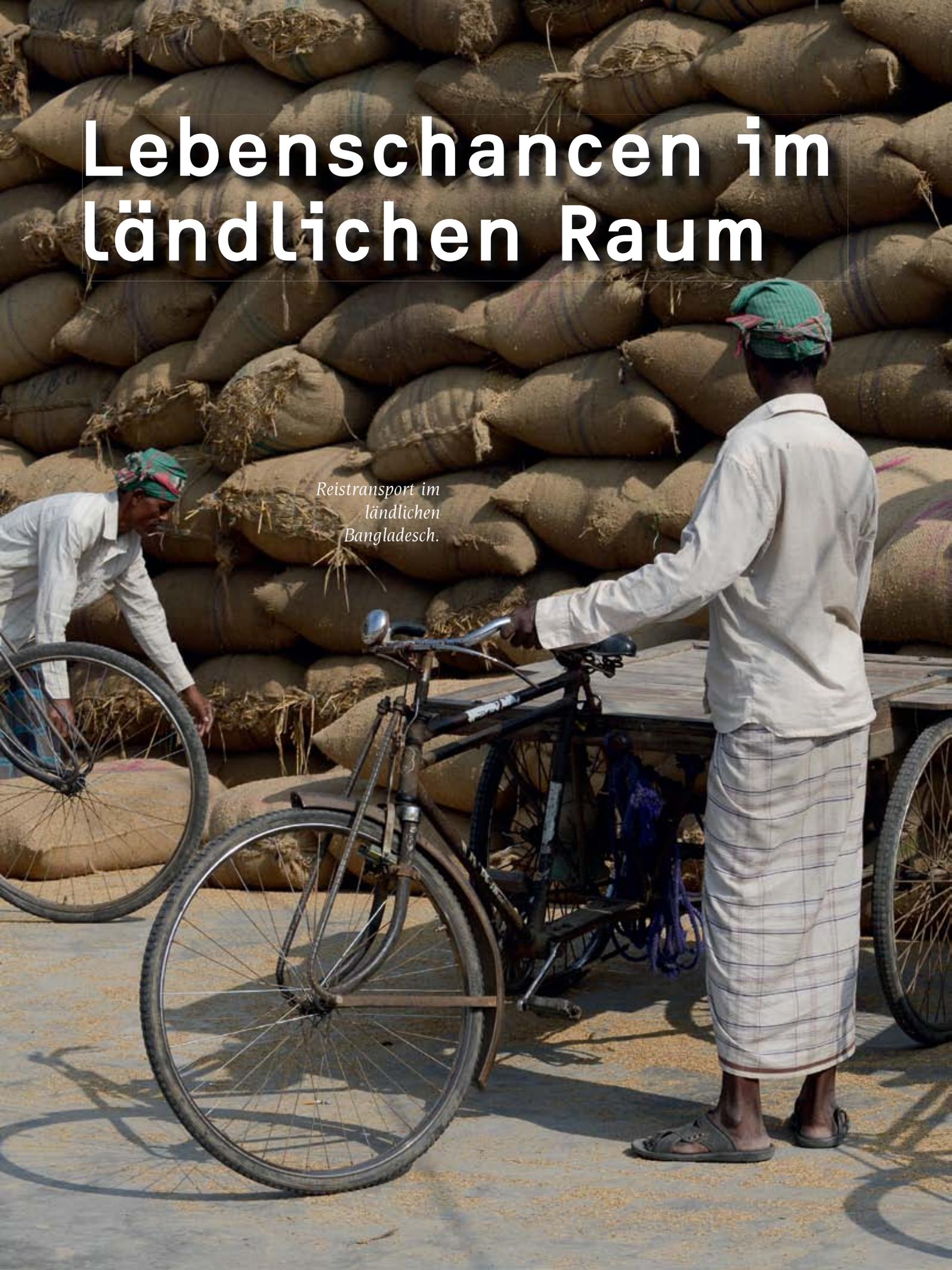
Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**Bezugspreise für Druckausgabe:**  
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

# Lebenschancen im ländlichen Raum

*Reistransport im ländlichen Bangladesch.*





Die Lebensqualität in ländlichen Gegenden hängt von verschiedenen Formen von Infrastruktur ab. Straßen und Wasserversorgung sind wichtig, und das gilt auch für Schulen und Gesundheitszentren. Meist ist die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig, und je mehr sie gedeiht und Einkommen schafft, desto mehr steigt die örtliche Kaufkraft und schafft zusätzliche Chancen für Erwerbstätigkeit. Damit das geschieht, muss die Infrastruktur einerseits der Landwirtschaft dienen, aber zugleich auch Menschen befähigen, neue Chancen zu nutzen. So kann selbsttragende Entwicklung in Gang kommen. Sie trägt dann dazu bei, überholte Traditionen zu überwinden und dauerhaften Frieden zu schaffen.

# Unser Erbe erhalten

In der Entwicklung von Gemeinschaften spielen Kultur und Tradition eine große Rolle. Dies gilt vor allem für marginalisierte ländliche Gemeinschaften wie die Adivasi-Völker in Indien. Boro Baski, der zu den in Ostindien und Bangladesch lebenden Santal gehört, erläutert das Thema.

## Von Boro Baski

→ Im November 2015 veranstalteten die Universitäten von Oslo und Tromsø ein wichtiges Symposium. Der Titel war „Glaube, Wissenschaft und Kulturerbe: Paul Olaf Bodding und die Schaffung eines skandinavisch-santalischen Erbes“. Bodding war ein lutherischer Missionar aus Norwegen, der von 1890 bis 1934 im heutigen indischen Bundesstaat Jharkhand bei den Santal lebte.

Bodding schrieb hunderte Sagen und Lieder der Santal auf, arbeitete an einem Santali-Wörterbuch und machte religiöse Literatur in dieser Sprache zugänglich. Zudem sammelte er mehr als dreitausend ethnographische Objekte dieser Volksgruppe. All das befindet sich heute in Norwegen, Dänemark und den USA, vor allem aber im Museum für Kulturgeschichte der Universität Oslo.

Eigentlich haben die christlichen Missionare im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Kultur der Santal nicht sehr geschätzt. In dem Maße, in dem sie versuchten, Stammesleute zu ihrem Glauben zu konvertieren, versuchten sie auch deren kulturelles Erbe zu zerstören (siehe Kasten, S. 15). Deshalb ist es kein Zufall, dass die von Bodding gesammelten Artefakte in Europa und Amerika liegen. Inzwischen werden sie allerdings geschätzt – und das ist wichtig. Wir sind froh über jegliche internationale Anerkennung unserer Kultur und über Unterstützung beim Schutz unseres Erbes.

Zu dem Symposium kamen Wissenschaftler, Sozialaktivisten, Mitarbeiter von Behörden – einschließlich der Botschaften von Frankreich, Dänemark und Japan – sowie Vertreter von Santal-Dörfern in Indien und Bangladesch. Ich selbst nahm als Vertreter des Museums für Santal-Kultur teil, das unsere Selbsthilfeorganisation, die in Ghosaldanga und Bishnubati, zwei Adivasi-Dörfern in Westbengalen arbeitet, mit Unterstützung des berühmten Indian Museum in Kolkata aufgebaut hat.

## Unser eigenes Museum

Wir Santal haben unsere Geschichte nicht selbst niedergeschrieben. Unsere Kultur – Mythen, Lieder, Volksmärchen, Tänze – ist uns von unseren Vorfahren mündlich überliefert worden. Die verschriftlichte Geschichte von Stammeskulturen ist oft das Werk der dominanten Volksgruppen der Gesellschaft. In der Regelschule erfahren unsere Kinder vom Leben der großen Persönlichkeiten und Herrscher des Landes, unsere Geschichte aber wird nicht erwähnt. Dabei sollten wir auch unsere eigenen Helden und Heldinnen kennen. Es schafft Selbstachtung und Selbstvertrauen, wenn man über Talente und große Persönlichkeiten des eigenen Volkes Bescheid weiß. Das sind Gründe, warum wir in unserem Dorf ein Museum aufgebaut haben, das sich der Geschichte und Kultur der Santal widmet.

Anfangs waren die Dorfbewohner – und auch einige gebildete Santal – skeptisch. Manche sagten, man solle die „Rückständigkeit“ des Santal-Lebens nicht auch noch feiern. Wir konnten sie aber davon

Besuch im  
Dorfmuseum.



Baski

überzeugen, dass es sinnvoll ist, Gegenstände wie Musikinstrumente, Schmuck und Werkzeuge, die unsere Vorfahren nutzten, auszustellen. Diese Dinge erzählen uns von unserer Vergangenheit und dem Erfindergeist, der Intelligenz und Tiefsinnigkeit unserer Vorfahren. Wir verherrlichen nicht veraltete Artefakte, sondern zeigen, wie das Leben war.

Wir wollen unseren Kindern Wissen über unsere reiche Kultur vermitteln, weil diese kulturellen Wurzeln ihnen in der modernen Welt Halt geben können. Wir wollen nicht die Santal-Mentalität aufgeben müssen, um uns an eine Welt im Wandel anzupassen.

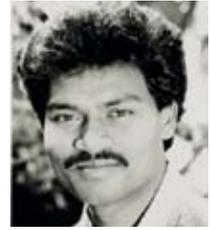
Die Gemeinde hat das Museum aufgebaut und betreibt es auch. Alle Familien beteiligen sich daran. Die meisten Exponate stammten von Santal-Familien aus verschiedenen Dörfern in Westbengalen bei, wobei einige wertvollere Gegenstände, wie etwa Schmuck, zugekauft werden mussten.

Unser Museum gibt es nun seit acht Jahren und es ist offensichtlich, dass es das kulturelle Selbstver-

trauen unserer Gemeinschaft stärkt. Unsere Nachbardörfer nutzen es zudem als Informationszentrum – es ist ermutigend zu sehen, dass sie sich für unsere Kultur interessieren.

Das formale Bildungssystem Indiens fördert bürgerliche Bestrebungen, ohne dabei viel Rücksicht auf die verschiedenen Gemeinschaften des Landes zu nehmen oder die bestehende Kluft zwischen ihnen zu überbrücken. Der Übergang von Tradition zu Moderne ist schwierig und oft schmerzhaft. Anpassen müssen wir uns auf jeden Fall, aber hilfreich sind die staatlichen Institutionen dabei nicht. Wir müssen unseren eigenen Weg finden.

Wenn wir unser Erbe nicht schützen, geht es verloren. Adivasi werden in Indien marginalisiert, aber unsere Kinder sollen nicht in dem Glauben aufwachsen, unsere Kultur sei minderwertig. Das Museum und unsere eigene nichtstaatliche Schule helfen ihnen, ihre Wurzeln zu verstehen (siehe meinen Beitrag in D+C/E+Z e-Paper 2016/06, S. 36).



**Boro Baski**

arbeitet für die Gemeindeorganisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen. Die Nichtregierungsorganisation wird vom Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati unterstützt.  
[borobaski@gmail.com](mailto:borobaski@gmail.com)

## Sprachverlust

Vor zwei Jahren habe ich den renommierten Santali-Schriftsteller Dhirendrath Basky für einen Dokumentarfilm interviewt. Wir trafen uns in Bhimpur, einem Adivasi-Dorf, in dem seit 1860 amerikanische Baptisten gelebt hatten. Leider war keinen anderer älterer Santal mehr zu finden, der in unserer Sprache etwas aus Baskys Leben hätte erzählen können. An diesem bedeutenden Ort unserer Geschichte wissen die Menschen kaum etwas über ihre eigene Kultur.

Das ist die dunkle Seite der Missionstätigkeit. Die christlichen Missionare verboten den Santal, ihre Kultur zu leben – vor allem Tanz und Musik –, so dass die Stammesleute zwar modern ausgebildet, dafür aber der Bindung zur eigenen Traditionen und der Werte beraubt wurden. Ähnlich sah es bei der Mulpahari Mission aus, die bis Ende des 20. Jahrhunderts aktiv war. Dort war der norwegische Missionar Paul Olaf Bodding tätig. Heute ist Bodding für seine Dokumentation der Santal-Kultur bekannt (siehe Hauptartikel). Andererseits erzählte mir Ruby Hembrom, eine Santal-Intellektuelle, dass ihr Vater die Mission verlassen musste, weil er als Lehrer ein Kulturprogramm inszeniert hatte, bei dem Santal-Trommeln verwendet worden waren. Diese strenge Haltung hat eine

große kulturelle Kluft zwischen christliche und nichtchristliche Santal gerissen. In den vergangenen Jahrzehnten begannen die Missionare jedoch, die Kultur der Santal zu schätzen. Vor allem die Jesuiten und Salesianer – beides Orden der römisch-katholischen Kirche – begriffen, wie wichtig es ist, die Stammesjugend zu stärken, indem man sie an ihre Tradition erinnert, inklusive der Lieder, Tänze und Theater. Das Johar Human Resources Development Centre in Dumka, Jharkand, und das Santal-Museum an der Don-Bosco-Schule im westbengalischen Azimganj leisten dazu Großartiges.

Tatsächlich hat Bodding vor mehr als hundert Jahren den Grundstein zum Erhalt der Santal-Kultur gelegt. Seine Wertschätzung für unsere Kultur hat Kreise gezogen. Ich war beeindruckt, als ich bei einer Veranstaltung der Universität Oslo zwei norwegische Damen kennenlernte, Nora Irene Stronstad Hope und Grunvor Fjordholm Holvik, die als Nachkommen von Missionaren in der Benagoria-Mission zur Welt gekommen und in der Chandrapura Mission aufgewachsen sind. In fließendem Santali erzählte mir Stronstad: „Wir leben immer noch in zwei verschiedenen Welten.“ Beide Frauen haben gute Erinnerungen an ihre Kindheit, die sie in großer

Freiheit im Santal-Dorf mit seinen sauberen Lehmhäusern inmitten von Salzbäumen verbrachten und wo sie mit gleichaltrigen Santal-Kindern spielten (siehe auch den Aufsatz über die Santal-Jugend im E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 21 und in der Print-Ausgabe 2015/6-8, S. 32 ff.). Ihre zweite Welt sei Norwegen, wo sie jetzt mit ihren Familien leben. Stronstad sagt: „Wir erzählen ihnen aus unserem Leben, aber sie können sich nicht vorstellen, was wir fühlen.“ Nachrichten über Raubbau, Umweltzerstörung und andere Nöte in Indien sind für die Norwegerinnen schmerzlich.

Es tut gut, dass sich in Norwegen Menschen unserer Kultur verbunden fühlen. Wir werden in Kontakt bleiben. Das ist eine gute Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit, und es kann helfen, die Kluft zwischen christlichen und nichtchristlichen Santal zu überbrücken. Zugleich ist es traurig, dass es in Indien viele Angehörige unserer ethnischen Gemeinschaft gibt, die – anders als diese beiden alten Damen aus Skandinavien – unsere Sprache gar nicht beherrschen.

## Entwurzelte Menschen

Selbstverständlich ist es auch wichtig, andere Lebensformen kennenzulernen. Nach Abschluss der Schule arbeiten viele Jugendliche aus unserem Dorf andersorts, manchmal sogar in anderen indischen Bundesstaaten. Dennoch bleiben sie der Gemeinschaft und Kultur verbunden. Junge Santal hingegen, die in städtischen Gebieten aufgewachsen sind und unsere Sprache nicht gut sprechen, fühlen sich im späteren Leben oft entfremdet. Das gilt auch für gebildete Santal, die in Städten leben: Viele von ihnen artikulieren auf Blogs und in den sozialen Medien eine tiefe Sehnsucht nach einer kulturellen Identität.

Diese Sehnsucht kann bisweilen schädlich sein – zum Beispiel, wenn die Menschen unsere Kultur erklären oder diese für politische Zwecke der Radikalisierung benutzen. Beides hilft unserer Gemeinschaft nicht, die heutigen Herausforderungen zu bewältigen. Daher halten wir es für besser, von Anfang an mit unserem kulturellen Erbe verbunden zu sein und zu bleiben. Das ist für uns Santal, anders als für die Mitglieder privilegierter Kasten in Indien, nicht selbstverständlich. <



Traditionelles Santal-Saiteninstrument.



Baski

## Heirat statt Schulabschluss

Bangladesch hat seine Einschulungsquoten in den vergangenen 25 Jahren enorm verbessert. Inzwischen gehen Mädchen sogar mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Schule als Jungen. Selbst in ländlichen Gebieten gibt es Schulen in erreichbarer Nähe. Grund zur Sorge bereiten in Bangladesch jedoch – wie in vielen anderen Teilen der Welt – die hohen Abbruchraten. Die Qualität der staatlichen Schulen ist oft miserabel. Neue politische Maßnahmen sind nötig, damit Mädchen auch einen Abschluss machen.

Im Jahr 2010 gingen amtlichen Statistiken zufolge in Bangladesch 97 Prozent der Mädchen und 92 Prozent der Jungen zwischen sechs und zehn Jahren zur Grundschule. Außerdem waren 55 Prozent der Mädchen zwischen elf und 15 Jahren an weiterführenden Schulen angemeldet – aber nur 45 Prozent der Jungen.

Offizielle Statistiken sind bisweilen verzerrt, aber die Tendenz in Bangladesch ist unstrittig. 2014 arbeiteten wir an einer landesweiten Studie zum Thema „Lebensentscheidungen und Einstellungen von Frauen“ (WiLCAS). Unsere Umfrage stützte sich mehr auf die Aussagen der Mütter als auf Informationen, die wir von Schulen erhielten. 2014 wurden demnach 83 Prozent der Mädchen in die Grundschule eingeschult, sogar 58 Prozent gingen in die Sekundarstufe. Bei den Jungen waren es 81 beziehungsweise 47 Prozent. Diese Zahlen sind zwar weniger beein-

druckend als die offiziellen, aber sie sind trotzdem sehr gut angesichts dessen, dass Bangladesch ein sehr armes Land ist. Vor zwanzig Jahren gingen noch weniger Mädchen als Jungen zur Schule. Nobelpreisträger Amartya Sen betonte wiederholt, dass Indien und andere Länder sich an Bangladeschs Bildungserfolg orientieren sollten.

Allerdings ist die Abbruchrate beträchtlich. Wir schätzen, dass 32 Prozent der Jungen und 24 Prozent der Mädchen, die 2010 zur Grundschule gingen, schon im Jahr 2014 abgebrochen haben. Offenbar steigt das Risiko, die Schule abzubrechen, mit dem Alter der Mädchen. Mehr als die Hälfte der Mädchen aus unserer Stichprobe verließ die Schule „wegen Eheschließung“. Bei den Jungen war das nur bei einem Fünftel der Schulabbrüche der Fall. Vor wenigen Jahrzehnten verhinderten frühe Ehen die Bildung von Frauen noch erheblich mehr. Laut WiLCAS-Daten waren fast zwei Drittel der befragten Mütter wegen Heirat von der Schule abgegangen.

Bezeichnenderweise ist heutzutage „Haushaltsarmut“ der zweitwichtigste Grund, die Schule zu verlassen. Die Familien können es sich nicht leisten, Geld für die Schule auszugeben. Auch das ist bekannt. Einer 2015 von UNESCO und UNICEF veröffentlichten Studie nach „können sich Haushalte mit niedrigem Einkommen in vielen Ländern weder die direkten Kosten leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken

(z. B. für Gebühren, Uniformen oder Bücher), noch die indirekten Kosten durch das Ausbleiben der Löhne oder Haushaltsbeiträge ihrer Söhne und Töchter.“

Diese Entwicklung ist dennoch erstaunlich, da die Regierung Bangladeschs seit den 1990er Jahren den Schulbesuch von Mädchen fördert und die Kosten dafür auf verschiedene Weise gesenkt hat. Zudem gibt es weniger Einkommensarmut. Höchstwahrscheinlich ist dieser Trend einfach Ausdruck dessen, dass Mädchen in den Familien immer noch stark benachteiligt werden.

Es ist sinnvoll, sich anzuschauen, was Haushalte für die Ausbildung der Kinder ausgeben. In der Grund-

schule sind die Ausgaben für Jungen und Mädchen fast gleich, tatsächlich wird sogar etwas mehr für Mädchen aufgewendet. Wenn es um Nachhilfe geht, stehen die Jungen allerdings besser da. In der weiterführenden Schule wird in die Jungen 27 Prozent mehr investiert als in Mädchen – deren Nachhilfe ist den Familien sogar 38 Prozent mehr wert.

Leider wird auch in ländlichen Gebieten Nachhilfe immer wichtiger. Das ist in ganz Südasien zu beobachten (vgl. E+Z/D+C e-Paper 2016/06, S. 36 f. und e-Paper 2016/02, Seite 11). Hauptgrund dafür ist die miserable Qualität der staatlichen Schulen. Einer unabhängigen Studie nach, die Asadullah und Chaudhury 2015 im ländlichen Bangladesch durchführten, besteht nur ein schwacher Zusammenhang zwischen Lernerfolg und Dauer des Schulbesuchs.

Unsere Untersuchungen legen nahe, dass den Eltern in Bangladesch die Grundschulbildung ihrer Söhne und Töchter gleich wichtig ist. Was die weiterführende Schule angeht, besteht jedoch eine ernsthafte Kluft zwischen den Geschlechtern, auch wenn das in den Zahlen nicht ganz so deutlich wird. Die Familien schicken die Mädchen zwar zur Schule, investieren aber weniger in deren Bildung. Ein Mädchen hat geringere Chancen als ein Junge, nach der zehnten Klasse den normalen Schulabschluss zu machen.

Wahrscheinlich ist die Aussicht auf eine frühe Heirat der Hauptgrund für das Geschlechtergefälle. Wenn es die Norm ist, dass junge Mädchen heiraten, statt die Schule abzuschließen, dann ist die Investition in deren Ausbildung ein Luxus, den sich arme Eltern nicht leisten können – zumal sie eine beträchtliche Mitgift zu zahlen haben. Die Familien sind also schlicht zu arm, um in die Bildung der Mädchen zu investieren.

Die gute Nachricht ist: Den Mädchen in Bangladesch steht nicht mehr ein Mangel an nahegelegenen Schulen oder religiöser Widerstand im Weg. Die schlechte Nachricht ist: Hinsichtlich Bildung besteht leider nach wie vor keine Chancengleichheit für Mädchen. Das Land braucht eine neue Politik, die Mädchen hilft, die Sekundarstufe abzuschließen.

#### Links

**UNESCO und UNICEF, 2015:** Child labour and out-of-school children: evidence from 25 developing countries.

<http://allinschool.org/wp-content/uploads/2015/01/OOSC-2014-Child-labour-final.pdf>

**Asadullah, M. N. and Chaudhury, N., 2015:** The dissonance between schooling and learning: evidence from rural Bangladesh. Comparative Education Review 59, no. 3.

<http://www.journals.uchicago.edu/doi/abs/10.1086/681929?journalCode=cer>

**WiLCAS, 2014:** Women's live choices and attitudes survey.

<http://www.integra.org/>



Sumon Yusuf/Majority World/lineair



**Niaz Asadullah**

ist stellvertretender Direktor des Centre for Poverty and Development Studies (CPDS) an der Universität von Malaya.  
[m.niaz@um.edu.my](mailto:m.niaz@um.edu.my)

*Für Mädchen ist es inzwischen ganz normal, in die Grundschule zu gehen.*



**Zaki Wahhaj**

ist Dozent für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Kent.  
[z.wahhaj@kent.ac.uk](mailto:z.wahhaj@kent.ac.uk)

# Innovationshemmnisse beseitigen



**Stefan Schmitz**

ist Unterabteilungsleiter und Beauftragter für die Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).  
[stefan.schmitz@bmz.bund.de](mailto:stefan.schmitz@bmz.bund.de)

*Mali könnte ohne Transportmöglichkeiten im Land keine Baumwolle exportieren.*

Eine Welt ohne Hunger, wie sie die UN mit den Sustainable Development Goals (SDGs) anstreben, ist möglich. Weitermachen wie bisher reicht aber nicht. Den Worten müssen Taten folgen, und zwar besonders im ländlichen Raum, wo etwa drei Viertel aller Armen und Hungernden der Welt leben.

Wir müssen die ländlichen Regionen fit machen für die Zukunft – und zwar nicht nur um den Hunger zu besiegen, sondern auch um die anderen SDGs zu erreichen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen Lebensperspektiven haben.

Leistungsfähige ländliche Infrastruktur spielt dafür eine entscheidende Rolle. Überall auf der Welt unterliegt der ländliche Raum einem mehr oder weniger starken Strukturwandel. Die Produktivität der menschlichen Arbeit im Agrar- und Ernährungssektor wird durch den Einsatz von Wissen und Kapital erhöht. Innovation ist zur wichtigsten Triebkraft geworden. Die Politik sollte dies unterstützen und gezielt nutzen, um den Strukturwandel in eine sozial gerechte und nachhaltige Richtung zu lenken.

Letztlich treiben die Investitionsentscheidungen von Abermillionen Einzelakteuren – von Kleinbauern über Input-Provider und Händler bis hin zu Lebensmittel-Verarbeitern und Finanzdienstleistern – den Wandel an. Tempo und Umfang ihrer Investitionen hängen aber vom Rahmen ab, den Politik und öffentliche Verwaltung vorgeben.

Forschungsergebnisse bestätigen, dass der öffentlich geförderte Ausbau der Infrastruktur wichtig ist. Dabei geht es beispielsweise um Elektrifizierung, Straßen, Telekommunikation, Schienen, Häfen, Bewässerung, auf Kleinbetriebe zugeschnittene Agrarforschung,

aber auch um Bildungs- und Beratungsprogramme, Schulen, Krankenstationen sowie die Trinkwasser- und Sanitärversorgung. All das ist nützlich, denn es fördert sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch den Einstieg in landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten. Meist sind staatliche Vorleistungen nötig, allerdings können bei kluger Regulierung auch private Akteure relevante Leistungen erbringen.

Grundsätzlich gilt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auf dem Land Arbeitsplätze entstehen – und zwar besonders in Afrika, dessen Position in der globalen Ökonomie zur Schaffung von Industrie-arbeitsplätzen vergleichsweise ungünstig ist. Es muss in die Bereiche investiert werden, die der lokalen Ökonomie und ihren endogenen Potenzialen entsprechen. Es liegt also auf der Hand, zunächst den Aufbau einer eigenständigen und leistungsfähigen Agrar- und Ernährungswirtschaft zu fördern und zugleich sämtliche vor- und nachgelagerte Bereiche zu entwickeln.

Wenn eine leistungsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft etabliert ist, generiert sie zusätzliches Einkommen. Dieses Geld belebt die örtliche Nachfrage nach Baumaterialien, Handwerksleistungen, Transportmöglichkeiten, Kleidung und so weiter. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, und so kommt eine endogene, nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes in Gang.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist überzeugt, dass die Überwindung von Hunger und Mangelernährung einen breiten, umfassenden Ansatz erfordert. Deshalb unterstützt das BMZ die Agrarentwicklung als das Rückgrat der ländlichen Ökonomie. Andererseits investiert es in viele Bereiche „rund um die Landwirtschaft“ wie die technische und soziale Infrastruktur sowie das nachhaltige Ressourcenmanagement.

Im Rahmen der Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger hat das BMZ sein Engagement seit zwei Jahren noch einmal deutlich ausgeweitet. Es unterstützt nun zuvor vernachlässigte, aber strategisch wichtige Dinge. Hierzu zählen beispielsweise die Innovationsförderung in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die multi-sektorale Ernährungssicherung oder der Bodenschutz. Das BMZ hat mit 15 Ländern einen Schwerpunkt für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung vereinbart und stellt dafür jährlich rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Gemeinsam wollen wir, etwa durch den Aufbau von Grünen Innovationszentren, Innovationsblockaden beseitigen und Maßnahmen zur Förderung einer wissensbasierten modernen Agrar- und Ernährungswirtschaft ergreifen.



Börling/Photography

# Weite Wege

Um Armut im ländlichen Raum Afrikas zurückzudrängen und Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen die Agrareinkommen steigen. Im Interview mit Hans Dembowski plädiert Susanne Neubert, die Leiterin des Berliner Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE), dafür, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern – und dafür sind Transportmöglichkeiten essenziell.

## Interview mit Susanne Neubert

### **Welche Infrastruktur ist nötig, um die ländliche Entwicklung in Afrika wirkungsvoll voranzubringen?**

Es ist schon oft gesagt worden, aber es stimmt weiterhin: Der Wegebau ist zentral. Die Überlandstraßen sind heute überwiegend gut, aber sie reichen nicht, um in die Dörfer und zu den Feldern zu kommen. Weil es an Zubringerstraßen und oft auch an Brücken mangelt, sind viele Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterhin vom Rest der Welt abgeschnitten – und zwar besonders in der Regenzeit. Sie können ihre Waren nicht auf Märkte bringen, und sie können auch keine Betriebsmittel und Güter auf Märkten besorgen. Dafür brauchen sie selbstverständlich nicht nur Straßen, sondern auch Transportmittel. Und davon hängt auch ab, ob Landwirtschaft vernünftig mechanisiert werden kann, ob die Leute sich Maschinen und Geräte besorgen können und auch Ersatzteile bekommen. All das sind Voraussetzungen, um die Produktivität zu steigern. Mit Handhacken ist eine Intensivierung der Landwirtschaft wegen des hohen Arbeitsaufwands nur auf sehr kleinen Flächen möglich. Es geht nicht um komplizierte, elektronisch gesteuerte Maschinen, wie wir sie heute in Europa haben, sondern um robuste, einfache Maschinen, die beispielsweise in Asien hergestellt werden und die im Rahmen von Genossenschaften verwendet werden könnten.

### **Ließe sich nicht auch mit Ochsenpflügen viel erreichen?**

Im Prinzip ja, und das ist ja auch versucht worden. Aber die sogenannte „Oxenisation“ der Landwirtschaft ist in Afrika vielerorts gescheitert, weil im Lauf der Strukturanpassungen Regierungen ihre Budgets gekürzt und dabei die Veterinärdienste zu sehr ausgedünnt haben. Trainierte Ochsen sind sehr teuer, und wenn sie sterben, ist der ganze bäuerliche Betrieb in Gefahr. Wenn Zugtiere flächendeckend eingesetzt werden sollen, werden auch Tierärzte gebraucht, denn der Krankheitsdruck für Tiere in afrikanischen Ländern ist zumeist sehr hoch.

### **Sind Wasser- und Stromversorgung nicht auch wichtige Dinge, um die die Politik sich kümmern muss?**

Ja, fast alle Dinge sind im ländlichen Raum wichtig. Diese gleichzeitig zu entwickeln, ist bisher nicht gelungen und verlangt – gerade beim Bau von Stromnetzen – viel Geld. Zumal auch Nutzunggebühren gezahlt werden müssten. Woher soll das Geld kommen, wenn nicht vom landwirtschaftlichen Einkommen? Daher ist zunächst die Steigerung dieses Einkommens zentral. Oder sollen alle Menschen auf dem Lande Almosenempfänger werden? Ich denke, nein!

Großprojekte, etwa für die Bewässerung, sind ja bekanntermaßen bisher meistens gescheitert. Die Kleinbewässerung dagegen, insbesondere für Gemüse und Obst, also die Intensivkulturen, ist realistisch und gut. Aber gerade hier ist auch wieder die Verbesserung von Vermarktungs- und Transportmöglichkeiten essenziell, sonst verrotten die Produkte am Wegesrand, ein oft gesehener Tatbestand.

### **Es scheint, dass ländliche Entwicklung weiterhin vor allem Agrarentwicklung bedeutet.**

Das ist so. Landwirtschaft ist das wirtschaftliche Rückgrat des ländlichen Raums, damals und heute. Seit die Lebensmittelpreise um 2008 herum angestiegen sind, lohnt es sich vom Prinzip her für Landwirte wieder, in die Landwirtschaft zu investieren. Auch die Nachfrage aus den Städten ist da und wächst. Und das bedeutet, dass Agrarentwicklung wieder im Mittelpunkt steht. Seit den 1970er Jahren wurde zwar viel über integrierte ländliche Entwicklung gesprochen, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und neben Landwirtschaft auch das Gesundheits- und Bildungswesen, das verarbeitende Gewerbe, die Infrastruktur und so weiter fördern möchte. In der Praxis ist das aber leider nicht gelungen.

### **Woran liegt das?**

Es ist sehr schwer, systemischen oder horizontalen Wandel in allen Sektoren gleichzeitig herbeizuführen. Es ist viel leichter, Einzelziele zu definieren und zu erreichen. Nehmen wir das Beispiel HIV/Aids: Die Infektionsraten zu senken und die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten zu gewährleisten, ist leichter, als ein komplettes Gesundheitswesen auf-

zubauen. Die Zielgruppen lassen sich definieren, und die Zahl der nötigen Maßnahmen ist überschaubar. Wenn Sie aber ein komplettes Gesundheitssystem schaffen wollen, werden die Dinge unübersichtlich. Und Sie müssen dann festlegen, wer wofür was bezahlt und wer welche Leistungen vielleicht gratis bekommt, das heißt, Sie müssen Institutionen aufbauen. Die armen Leute auf dem Land haben aber kaum Geld, also können sie gar nicht zahlen. Damit das Gesundheitssystem funktionieren kann, müssten also erst mal andere Dinge auch funktionieren: Produktion, Vermarktung, Einkommensgenerierung. In der Praxis gelingt es der Politik nicht, für alles gleichzeitig zu sorgen, insbesondere in armen Ländern, denn natürlich kostet alles Geld.

### **Und deshalb soll sich die Politik jetzt darauf konzentrieren, die Agrarproduktivität zu steigern?**

Es spricht jedenfalls vieles dafür, das zu tun, denn das bringt mehr Nahrungsmittel und mehr Einkommen. Beides wird unbedingt gebraucht. Höhere ländliche Einkommen könnten dann auch helfen, Entwicklungen in anderen Sektoren – Bildung, Gesundheit et cetera – voranzubringen. Ohne höhere Agrarproduktivität wird andererseits die Landflucht noch zunehmen. Afrikas Städte sind jedoch schon jetzt überfordert und generieren nicht die Arbeitsplätze, die nötig wären. Umfragen zeigen, dass 40 Prozent der Afrikaner in Europa leben möchten. Damit die Situation besser wird, brauchen wir eine ökologisch nachhaltige und sozial inklusive Steigerung der Agrarproduktivität.

### **Wer kann das vorantreiben?**

Die Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist richtig. Sie setzt durch Aufbau der grünen Innovationszentren im Kern auf Bildung und Beratung in dem wesentlichen Sektor. Der prominente französische Ökonom Thomas Piketty hat in seinen empirischen Länderanalysen belegt, dass Bildung bisher immer das

Initial für wesentlichen Fortschritt war. Das BMZ wendet jährlich sehr viel Geld dafür auf. Die deutsche Entwicklungspolitik kann in einem fremden Land nichts erzwingen, aber sie kann gute Initiativen unterstützen. Es ist nötig, die örtlichen Kenntnisse zu nutzen und weiterzuentwickeln. Leider taugen die Agrarstudiengänge der afrikanischen Hochschulen oft nicht viel, denn sie scheren sich nicht um örtliche Verhältnisse, sondern verbreiten immer noch oft Lehrbuchwissen aus Europa und Nordamerika. Bauern brauchen aber kompetente Beratung, die zu ihrer tatsächlichen Lage passt. Daher müssen die Berater über nachhaltige und bezahlbare Methoden besser geschult werden.

### **Kann Afrika von Asien lernen?**

Das ist leichter gesagt als getan. Richtig ist, dass asiatische Länder in der Agrarentwicklung sehr viel besser vorangekommen sind als afrikanische. Sie haben davon profitiert, dass Reis als Hauptkultur in Hohertragssorten gezüchtet wurde und dass das nötige Wasser vorhanden waren. Der unter Wasser gesetzte Paddy- oder Nass-Reis braucht keine Mineraldüngung und keine Pestizide, um ansehnliche Erträge zu erbringen und er ist selbstverträglich, kann also immer wieder schadlos nachgebaut werden. Selbstverständlich gab es auch hier Nachteile, aber insgesamt war hier auch die internationale von Gebern finanzierte Agrarforschung wichtig. In Afrika spielt Reis zwar eine wachsende Rolle, aber es gibt pro Flächeneinheit viel weniger Wasser als in Asien. Die traditionellen Kulturarten Afrikas, Hirse, Sorghum und Cassava wurden in der Züchtung jedoch vernachlässigt. Heute ist Mais die Hauptkultur in vielen Regionen. Mais lässt sich aber längst nicht so leicht nachhaltig anbauen wie Paddy-Reis. Außerdem haben die asiatischen Länder einen oft übersehenen Vorteil: Sie sind dicht besiedelt. Meist gilt Überbevölkerung als großes Problem, dabei erleichtert hohe Bevölkerungsdichte wirtschaftliche Aktivität. Sie ermöglicht kostensenkende Skaleneffekte und effektive Vermarktung. Das ist auch in bevölkerungsreichen Gegenden in Afrika, etwa in Teilen Kenias,

*Traktor am Kilimandscharo: Die ländlichen Wegenetze müssen ausgebaut werden.*



dem



Sprague/lineair

deutlich zu erkennen. Dünne Besiedelung bedeutet dagegen große Entfernungen und weite Wege. Das hemmt Entwicklung.

**Es wäre sicherlich sinnvoll, Bauern zu organisieren, um zum Beispiel Produkte gemeinsam zu vermarkten oder Maschinenringe aufzubauen. Dafür müssen gesellschaftliche Strukturen und Kompetenzen geschaffen werden. Sollte das eher auf staatlicher oder auf zivilgesellschaftlicher Ebene geschehen?**

Diese Unterscheidung ist im ländlichen Raum Afrikas nicht sinnvoll, weil die staatlichen Strukturen oft schwach sind und Autorität aus örtlichen, traditionellen und religiösen Kontexten erwächst. Ja, der Organisationsgrad der kleinbäuerlichen Betriebe muss erhöht werden, um Produktion und Vermarktung gemeinsam zu erledigen, damit hier die Skaleneffekte, die üblicherweise nur den „Großen“ zugutekommen, durch Zusammenschluss von den „Kleinen“ ebenfalls genutzt werden können. Allen Versuchen der Vergemeinschaftung schlägt aber wegen schlechter Erfahrungen heute großes Misstrauen entgegen. Kooperativen und Genossenschaften aufzubauen ist ein zentrales, aber schwieriges Anliegen. Sie müssen an Vorhandenes andocken und robust gegen Korruption sein, also partizipativ und intelligent aufgebaut werden. Dies ist eine weitere, sehr wichtige Voraussetzung für ländliche Entwicklung.

**Ist es denn möglich, Bauern individuell zu fördern?**

Ein vielversprechendes Konzept ist die Vergabe von sogenannten „E-Vouchern“. Staaten können solche digitalen Gutscheine auf Handys verschicken, und Bauern kaufen sich dann damit die Art Inputs, die sie

brauchen. Das können Dinge wie Saatgut sein oder Dünger. Problem ist heute allerdings immer noch, dass es nicht alles auch überall zu kaufen gibt. Die Privatwirtschaft muss ihre Reichweite vergrößern, die Präsenz kleiner Händler und Geschäftsleute ist gefragt. Diese kommen jedoch vermutlich von selbst, wenn Kaufkraft und Infrastruktur – also auch hier wieder die Straße – vorhanden sind. Die bisher üblichen Fördersysteme sind dagegen völlig dysfunktional. Typischerweise bringt die Regierung im großen Stil subventionierte Düngemittel in die ländlichen Regionen. Für die meisten Bauern kommt der Dünger dann viel zu spät oder gar nicht an. Für viele ist es auch der falsche Dünger. Die meisten afrikanischen Staaten wenden viel zu geringe Prozentsätze ihrer Budgets für die Landwirtschaft auf und diese fließen dann hauptsächlich in solche Subventionen, die letztlich verschleudert werden. Irgendwelche Mittelsmänner und andere Akteure profitieren im großen Stil, aber die Landwirtschaft kommt nicht voran.

**Vielleicht sollten die Subventionen gestrichen werden.**

Nein, das wäre auch nicht richtig, denn gerade die Klein- und Subsistenzbauern brauchen Unterstützung. E-Voucher sind gut, sie können gezielt verwendet werden, zumal es mittlerweile ausgebaute Mobilfunknetze gibt. Subventionen können dabei vielfältige Formen annehmen. In Sambia werden versuchsweise auch E-Voucher-Systeme für das Lagern von Getreide eingesetzt. Dies versetzt Kleinbauern in die Lage, es nicht gleich, sondern erst dann zu verkaufen, wenn die saisonale Nachfrage steigt und die Preise hoch sind. Klar ist aber auch: Ohne Transportmöglichkeiten funktioniert das alles nicht. Auf Verkehrswege und Transportmittel kommt es immer an. ←

*Sambische Bäuerin:  
„Mit Handhacken sind  
nur begrenzte Erträge  
möglich.“*



**Susanne Neubert**  
leitet das Seminar für Ländliche  
Entwicklung (SLE) an der  
Humboldt-Universität in Berlin.  
[susanne.neubert@  
agrar.hu-berlin.de](mailto:susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de)



Werden Sie  
unser Fan auf  
**Facebook!**



www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile page for 'D+C Development and Cooperation'. The page header includes the name 'D+C Development and Cooperation' and navigation links for Home and Find. The main cover image features a building with a blue sign that reads 'EL PARAISO' and a smaller sign for 'D+C Development and Cooperation Zeitschrift'. Below the cover image, there are tabs for Chronik, Info, Fotos, „Gefällt mir“-Angaben, and Videos. The left sidebar contains a search bar, a 'PERSONEN' section with 100,639 likes, and an 'INFO' section with the website URL 'http://www.dandc.eu/'. The main content area displays a post with a map of Ghana and the text: 'Nowadays: In rural Ghana, youngsters hardly receive any education on sexual issues. Many know too little about conception and contraceptives, which leads to unwanted pregnancies.'



# Geheilt, aber nicht gesund

Sierra Leone wird noch lange brauchen, um die Folgen der Ebola-Epidemie zu überwinden. Es hat sich gezeigt, wie untrennbar das Ausbrechen der Seuche mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der betroffenen Region zusammenhängt. Jahrzehntelange Ausgrenzung und gesellschaftliche Ungleichheit spielen dabei eine gewichtige Rolle. Diese Themen müssen daher auch bei der Frage, wie die betroffenen Länder stabilisiert werden können, eine zentrale Bedeutung bekommen.

Von Anne Jung

➔ 2014 fand der Ebola-Virus in Westafrika beste Voraussetzungen, sich zu verbreiten. Die Gesundheitssysteme der drei hauptbetroffenen Länder Guinea, Liberia und Sierra Leone gehören zu den schwächsten weltweit. Ebola fegte auf unerbittliche Weise über das Land hinweg. Zehntausend Menschen infizierten sich allein in Sierra Leone mit Ebola, annähernd 4000 Menschen starben. Insgesamt fielen mehr als 11 000 Menschen der Epidemie zum Opfer. Bis heute liegt Trauer über den Tod von Familienangehörigen und Freunden über Sierra Leone. Aber auch die Angst vor einer neuerlichen Infektion und das Ohnmachtsgefühl, von der eigenen Regierung und der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen worden zu sein, herrschen noch vor. Doch stets wird auch spürbar, wie stolz die Menschen darauf sind, dass sie Ebola in einem kollektiven Akt besiegt haben. Zugleich ist ihnen sehr genau bewusst, dass sie aufgrund der fehlenden Gesundheitsinfrastruktur gar keine andere Wahl hatten.

„Do or die“ lautete die lakonische Antwort auf die Frage, wie sich Tausende Community-Worker, die für ihre Arbeit oft nur kleinste Aufwandsentschädigungen erhielten, motivieren konnten. Sie gingen monatelang von Tür zu Tür, um die Menschen über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufzuklären. Die Bevölkerung ist stolz auf alle, die „an vorderster Front“ für die Erkrankten und gegen den Virus gekämpft haben und von denen sich so viele aufgrund der schlechten Ausstattung der Krankenstationen selbst angesteckt haben und gestorben sind.

Die Menschen haben ihr Handeln als Selbstermächtigung erlebt und zugleich die Abwesenheit des Staates und dessen Versagen beim Aufbau einer Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich am eigenen Körper gespürt. Seit Jahrzehnten gelingt es den wechselnden Regierungen in Sierra Leone nicht, ein öffentliches Gesundheitssystem aufzubauen.

## Gesellschaftlicher Gleichmacher

Willkür und Bestechlichkeit, die sonst Bestandteil des alltäglichen Erlebens in Sierra Leone sind, wurden während der Epidemie weniger geduldet als sonst. Die politische Führung stand nicht wie üblich über dem Gesetz. Ungläubig staunend nahm man in Sierra Leone zur Kenntnis, dass Vizepräsident Samuel Sam-Sumana 21 Tage unter Quarantäne gestellt wurde, nachdem einer seiner Leibwächter an Ebola gestorben war. Und dass ein hochrangiger Minister an einer Straßensperre an der Weiterfahrt gehindert wurde, weil auch er sich an die verhängten Reiserestriktionen innerhalb des Landes halten musste. Die eingeführten Regeln zur Seuchenbekämpfung galten tatsächlich für alle in gleicher Weise. Ebola wirkte als gesellschaftlicher Gleichmacher.



*Viele Community-Worker in Sierra Leone brachten sich im Kampf gegen Ebola selbst in Gefahr.*



AP Photo/picture-alliance

Die Erleichterung über das Ende der Epidemie und die wiedererlangte Bewegungsfreiheit wird von existenziellen Ängsten überlagert. „Derzeit kann niemand mit Gewissheit sagen, wie sich der Virus in den Körpern der Überlebenden weiterentwickelt“, sagt Archchun Ariyarah von der Weltgesundheitsorganisation WHO in Freetown. Die Überlebenden haben jeden Tag mit zahlreichen Begleiterscheinungen zu kämpfen, die oft erst mit zeitlicher Verzögerung auftreten. Diese reichen von starken Gelenkschmerzen über massive Sehstörungen bis zu depressiven Verstimmungen. Das wirkt sich auf Familie und Gesellschaft aus: Der Wegfall einer Arbeitskraft bedroht oft die Existenz der gesamten Familie.

Die große Armut der Menschen erschwert den Heilungsprozess in doppelter Hinsicht. „Wir waren vorher schon sehr arm. Während der Epidemie konnten wir unsere Felder nicht bestellen, weil wir unter Quarantäne standen. Wir haben die Ernte verloren und konnten keine Vorräte anlegen“, erzählt Musa Koroma. Seine Augen sind gerötet, sein sportlicher Körper ist von Schmerzen gezeichnet. Er hat auch jeden Besitz verloren: „Nachdem wir in das Ebola-

Zentrum gebracht wurden, wurde alles verbrannt. Eine Sicherheitsmaßnahme, aber wir stehen vor dem Nichts. Wie die Kriegsrückkehrer damals.“

Als eine Maßnahme für die bessere Versorgung von Ebola-Überlebenden wird seitens der Regierung in der jüngst veröffentlichten Post-Ebola-Strategie überlegt, den Überlebenden kostenlose Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Doch wo keine Krankenstationen in erreichbarer Nähe sind, wird dies kurzfristig nicht viel nützen.

Viele Überlebende leiden zudem darunter, dass das Umfeld ihnen mit Misstrauen und Ausgrenzung begegnet. Mancherorts werden sie für alles Unheil verantwortlich gemacht und können gar nicht nach Hause zurückkehren. „Sogar Verwandte reagieren mit Abwehr, weil sie selbst nach Jahrzehnten extremer Armut oft nicht wissen, wie sie überleben sollen“, sagt Abu Brima von der Menschenrechtsorganisation Network Movement for Justice and Development (NMJD). Er schlägt daher vor, alle Antistigmatisierungsmaßnahmen innerhalb der Communities zu verorten. Zum einen, um die Verantwortung zu kollektivieren, und

## Wirtschaft im Auf- und Abschwung

*Der Abbau von Rohstoffen hat die Lebensbedingungen der meisten Menschen nicht verbessert: Diamantenmine im Osten Sierra Leones.*

Sierra Leone gilt mit seinen fruchtbaren Böden und reichhaltigen Rohstoffen eigentlich als ein reiches Land, in dem sich verbesserte Lebens-, Wohn- und

Arbeitsbedingungen für die Bevölkerung problemlos erfüllen ließen. Der Abbau von Diamanten, Rutil, Gold sowie weiteren Rohstoffen hat jedoch allenfalls die Lebensbedingungen von wenigen Menschen verbessert. Die zwischen Regierung und Unternehmen geschlossenen Handelsvereinbarungen befreien die Konzerne weitgehend von ihrer sozialen Verantwortung – massive Ausbeutungsverhältnisse, Umweltschäden, Enteignungen und Vertreibungen sind die Folge.

Mit Steuererleichterungen für die Bergbauunternehmen und der großflächigen Veräußerung des Bodens beraubt sich die Regierung sicherer Einnahmequellen und damit der Möglichkeit, für den Zugang zu Gesundheit und Bildung zu sorgen. 2012 waren die Steuererleichterungen für Bergbauunternehmen 15 Mal so hoch wie das Budget für Gesundheit und Bildung (Natural Resource Watch 2015). Hirten, Kleinbäuerinnen, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch Landgrabbing den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und werden in Armut gestürzt.

In den vergangenen Jahren erlebte Sierra Leone einen gewaltigen Wirtschaftsboom, vor allem durch die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Auch wenn von den Verbesserungen der Infrastruktur im Straßenausbau oder der Stromversorgung viele im Land profitierten, blieben die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit ebenso prekär wie in den Nachkriegsjahren. Staatliche Institutionen wurden im Zuge des Wirtschaftsbooms nicht gestärkt, die Korruption nahm zu.

Wuchs das Bruttoinlandsprodukt 2013 noch um satte 20 Prozent, sank es 2015 in Folge der Ebola-Epidemie und des globalen Einbruchs der Rohstoffpreise um den

gleichen Prozentsatz. Die politische Reaktion anderer Länder auf die Seuche ist in erster Linie für diese katastrophale Entwicklung verantwortlich: „Die von Ebola betroffenen Länder sind in eine vollständige ökonomische und politische Isolation hinabgestoßen worden“, konstatiert die Wissenschaftsjournalistin Laurie Garrett. Infolge des Ebola-Ausbruchs hatten 40 Mitgliedstaaten gegen die ausdrückliche Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eigenmächtig Reisebeschränkungen erlassen. British Airways hatte als erste Fluggesellschaft die Anbindung der Region unterbrochen. Dies verstieß nicht nur gegen die eigentlich bindenden gemeinsamen Vorschriften der Mitgliedsländer der WHO im Epidemie-Fall über Beschränkung von Handel und Reisen, sondern erschwerte auch massiv die Arbeit der Hilfsorganisationen. Regionale und internationale Handelsbeziehungen brachen zusammen, die Preise für Lebensmittel verdoppelten sich mancherorts. Der Rohstoffsektor Sierra Leones, der schon länger unter einem Preisverfall von Eisen erz litt, ist in einen Abwärtsstrudel geraten.

### Quelle

Natural Resource Watch: Report on Sierra Leone. [http://ibissierraone.org/sites/default/files/media/pdf\\_global/sierra\\_leone\\_pdf/sierra\\_leone\\_nrw\\_final.pdf](http://ibissierraone.org/sites/default/files/media/pdf_global/sierra_leone_pdf/sierra_leone_nrw_final.pdf)



Grabery/Lineair

zum anderen, um die Überlebenden nicht zu isolieren. Damit hat man nach dem Krieg schlechte Erfahrungen gemacht, als die Kriegsversehrten – vor allem diejenigen, die im Krieg grausam verstümmelt wurden – in separierten Camps untergebracht wurden.

## Umverteilung im Gesundheitssystem

Wo soll das Geld für den Aufbau herkommen? Um die Staatseinnahmen zu erhöhen, ist es wichtig, die Wirtschaft zu diversifizieren, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern und eine weiterverarbeitende Industrie im Land zu etablieren. Klar ist, dass derzeit keines der betroffenen Länder in der Lage ist, Gesundheitssysteme aus eigener Kraft zu finanzieren. Unabhängig sind Mittel von externen Geldgebern, die unabhängig kontrolliert werden müssen.

Die jüngst veröffentlichten Panama Papers lassen erahnen, welche Mittel den Post-Ebola-Ländern potenziell bereitstünden. Steueroasen trockenlegen könnte einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Staatseinnahmen leisten und – vielleicht noch wichtiger – das Vertrauen in den Staat wiederherstellen. Der Verlust dieses Vertrauens hatte die Ebola-Bekämpfung so erschwert.

Die Forderung nach finanzieller Unterstützung im Gesundheitssystem geht über Ebola weit hinaus. Ein internationaler Finanzierungsmechanismus ist vonnöten, der alle Länder, die dazu imstande sind, verpflichtet, auch zu den Sozialbudgets der ärmeren Länder beizutragen. Auf diese Weise würde das im nationalen Rahmen längst geübte Solidaritätsprinzip ins Globale ausgeweitet. Der Aufbau von funktionierenden Gesundheitssystemen scheitert nicht an fehlenden Ressourcen, sondern an der Weigerung der reichen Länder, die bestehenden Ressourcen global gerecht zu verteilen.

## Abwanderung von Ärzten verhindern

Sierra Leone beschäftigt weniger als 300 Ärzte; allein in der Frankfurter Uniklinik arbeiten etwa dreimal so viele. Infolge der Epidemie gab es noch weniger Gesundheitsversorgung als üblich – in der Folge verdoppelte sich die Zahl der Malariatoten, auch die Müttersterblichkeit stieg wieder an, ebenso die Neuinfektionen mit Masern. Vergleichbare Entwicklungen sind in den Nachbarländern zu beobachten.

Patienten müssen die Behandlung in einer Gesundheitsstation oder einem Krankenhaus fast immer privat bezahlen, trotz offiziell kostenloser Mutter-Kind-Gesundheitsprogramme. Wegen der fehlenden öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur konnte sich der Ausbruch erst zu einer Epidemie auswachsen. Ohne eine funktionierende Gesundheitsinfrastruktur



und gut ausgebildetes Personal werde es auch in Zukunft keine wirksame Seuchenkontrolle geben, erläutert Albrecht Jahn von der Universität Heidelberg. Das Problem ist, dass lediglich zehn Prozent der im Land ausgebildeten Mediziner nach dem Studium in der Heimat bleiben. Die große Mehrheit wandert auf der Suche nach annehmbaren Verdienstmöglichkeiten aus oder wird sogar gezielt abgeworben.

Ein erster Baustein für eine wirksame strukturelle Prävention sollte es daher sein, Abwanderung von Fachpersonal zu reduzieren. Das könnte durch einen verbindlichen Verhaltenskodex für Anwerbung von Gesundheitsfachkräften geschehen. „Außerdem muss die Regierung endlich ihrer Verantwortung nachkommen, die Gehälter im Gesundheits- und Bildungsbereich so zu erhöhen, dass eine Bleibeperspektive eröffnet wird“, sagt Sheku Mansaray von der Hilfsorganisation Sladea, die die Ebola-Hilfe für die Kirchen gesteuert hat.

Die lokale Bevölkerung mit ihrer Fachexpertise einzubeziehen und die nötige Empathie waren die Schlüsselfaktoren, die Epidemie zurückzudrängen. Gestärkt von dieser Erfahrung, erwarten die Bevölkerung nun grundlegende Veränderungen im Gesundheitssystem. Die Teilnehmer einer ersten Post-Ebola-Konferenz in Freetown zu Beginn des Jahres forderten auch gesundheitsfördernde Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Als nächster Schritt einer Politik, die an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, wäre eine Verfassungsreform nötig. Dies fordern zivilgesellschaftliche Akteure wie das Civil Society Forum aus Sierra Leone. Sie wollen erreichen, dass das Recht auf Bildung und Gesundheit in die sierra-leonische Verfassung aufgenommen wird. Erfahrungen etwa aus Südafrika zeigen, wie erfolgreich es sein kann, die Regierung auf die Einhaltung der Verfassung verklagen zu können. „Um Macht und Willkür des Staates einzuschränken, ist der Zugang zu Bildung und Gesundheit die wichtigste Voraussetzung“, sagt Abu Brima, Direktor von NMJD. ←

*Aktuelle Anti-Ebola-Kampagne in Freetown, Sierra Leone.*



**Anne Jung**

ist Gesundheitsreferentin bei medico international, einer der Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, die seit 2002 mit Partnern in Sierra Leone zusammenarbeiten.  
[jung@medico.de](mailto:jung@medico.de)  
<http://www.medico.de/ebola>

# Gesundheitsinfos aus dem Radio

Die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten zu verbessern, ist eine schwere Aufgabe. Es kann hilfreich sein, lokale Medien einzubeziehen. In Norduganda unterstützt ein Sender den Kampf gegen Lepra.

Von Olaf Hirschmann und Herman Joseph Kawuma

➔ Die meisten Menschen in Uganda – auch die, die im Gesundheitsbereich arbeiten – denken, Lepra, eine Krankheit aus biblischen Zeiten, sei ausgestorben. Leider ist das falsch. Zwischen 2008 und 2012 wurden 1500 neue Fälle im Land diagnostiziert, zwei Drittel davon im armen Norden. Diese Region ist schwach besiedelt und traumatisiert vom 20 Jahre dauernden Krieg mit den Kämpfern der Lord's Resistance Army. Auch Tuberkulose und HIV/Aids treten dort relativ häufig auf.

Mehr als 100 Jahre nachdem das Mycobacterium leprae entdeckt wurde, gibt es in vielen Ländern immer noch Lepra. Es ist noch nicht bekannt, wie die Krankheit, die Haut und Nerven angreift, übertragen wird. Die Nervenschädigung führt zu einem Verlust der Sensibilität, was erst die Extremitäten betrifft und später zum Verlust von Fingern und Zehen führt. Im fortgeschrittenen Verlauf entstellt die Krankheit sogar das Gesicht.

Lepra ist mit einfachen, billigen Antibiotika heilbar. Die Therapie dauert sechs bis zwölf Monate. Allerdings sind die Gliedmaßen nur zu retten, wenn die Krankheit frühzeitig erkannt und behandelt wird – dann ist lebenslanges Leiden zu verhindern. Leider aber verschwenden viele Patienten kostbare Jahre, in denen sie von einem Kurpfuscher zum nächsten inkompetenten Heiler pilgern, bis ihr Körper so angegriffen ist, dass die Diagnose offensichtlich ist. Selbst ausgebildetes Gesundheitspersonal vermag oft nicht, die Krankheit anhand der Flecken auf der Haut zu erkennen. Daher sind Information und Sensibilisierung im Kampf gegen diese uralte Krankheit enorm wichtig.

Lepra unter Kontrolle zu bekommen ist schwierig. Gründe dafür sind:

- mangelndes Bewusstsein in der Bevölkerung,
- zu späte Diagnose,
- ein verstecktes und zunehmendes Aufkommen von Lepra an so genannten „Hot Spots“,
- unterqualifiziertes Gesundheitspersonal und
- Patienten, die die Behandlung abbrechen.

Das Talking-Health-Programm wollte Lepra in acht nördlichen Distrikten in Uganda eindämmen, indem es die Menschen über die Krankheit informierte. Von März 2014 bis Dezember 2015 leitete die Nichtregierungsorganisation Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW) das Programm. Finanziert wurde es von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung zur Förderung der Leprahilfe. Beteiligt waren außerdem der lokale Sender Radio Wa, die Bezirksverwaltungen und das nationale Tuberkulose- und Lepra-Programm von Uganda (NTLP). Zum Programm gehörte zum einen, die Menschen allgemein zu informieren, zum anderen wurden aber auch medizinische Dienste angeboten und die Mitarbeiter lokaler Gesundheitseinrichtungen geschult.

## Informationen verbreiten

Von den etwa 2 Millionen Menschen, die in der Region leben, können fast alle Radio Wa empfangen. Der Sender hat schon lange Gesundheitsthemen im Programm, setzte aber im Zuge von Talking Health einen Fokus auf Lepra. Betroffene erzählten dort ihre Geschichten, die Zuhörer konnten anrufen und sich fachkundig beraten lassen.

Lepra war regelmäßiges Thema im sonntäglichen Gesundheitsprogramm Wa-Klinik. Moderator und Gäste sprachen über Ursachen und Behandlung von Lepra, in einer Radio-Seifenoper wurden Themen wie Stigmatisierung und Unwissenheit aufgegriffen. Leprakranke berichteten von ihren Erfahrungen während und nach der Behandlung und sprachen über Diskriminierung und Heilung. Zu den Studiogästen gehörten traditionelle Heiler, religiöse Führer, Politiker, Lepra-Experten und Regierungsbeamte.

An der Vielzahl der Anrufe zeigte sich das große Interesse an Lepra. Zuvor hatte der Sender vor allem über reproduktive Gesundheit, HIV/Aids und Malaria berichtet, aber die Zuhörer waren für das neue Thema sehr offen.



Zwei Lepra-Kranke nehmen an einem Radioprogramm teil.

Talking Health

## Haut-Camps

Radio Wa unterstützte Talking Health vor allem, indem es über die so genannten Haut-Camps berichtete. Diese Camps reisten von Bezirk zu Bezirk und ermöglichten den Menschen, sich vor Ort diagnostizieren und behandeln zu lassen. Mehr als die Hälfte der Patienten, die dieses Angebot nutzten, hatten über Radio Wa davon erfahren.

War ein Camp-Besuch in einem Ort geplant, wurden die Dorfbewohner extra informiert, zum Teil auch in Kirchen und Moscheen. Radio Wa ermutigte die Patienten bisweilen sogar dazu, direkt ins Krankenhaus zu gehen. Einige taten das tatsächlich und konnten so gerade noch verhindern, durch die Krankheit behindert oder entstellt zu werden. Die Camps wurden auch genutzt, um lokales Gesundheitspersonal hinsichtlich Lepra zu schulen (siehe Kasten, S. 28).

Wenn das Haut-Camp morgens um 10 Uhr öffnete, warteten bereits Hunderte von Patienten vor den Gesundheitseinrichtungen. Der Tag begann mit einem Kurs für alle in Volksgesundheit, im Anschluss folgte ein Frage-Antwort-Forum. Diese Veranstaltungen wurden aufgezeichnet und auszugsweise in

der Radiosendung am darauffolgenden Sonntag ausgestrahlt. Auf diesem Weg wurde den Menschen der Umgang mit Lepra buchstäblich ins Haus gebracht.

Nach dem pädagogischen Teil wurden die Patienten im Camp behandelt. Jene mit Verdacht auf Lepra wurden zu Spezialisten geschickt. Dort bekamen sie eine persönliche Beratung und konnten ihre Fragen stellen. Außerdem wurden sie registriert und erhielten Medikamente. Die Behandlung begann sofort. Den Patienten wurde gezeigt, wann und wo sie die nächste Dosis abholen können, und sie kehrten mit dem Wissen heim, endlich kompetente Hilfe zu bekommen.

Bei 43 der insgesamt 5354 Menschen, die zu den 13 Camps kamen, wurde Lepra diagnostiziert. Weitere 29 Patienten konnten erst Anfang 2016 endgültig diagnostiziert werden. Die übrigen Patienten litten unter diversen sonstigen Hauterkrankungen, vor allem unter bakteriellen und Pilz-Infektionen. Auch sie wurden angemessen behandelt oder überwiesen.

Doryn Ebong, eine Krankenschwester aus der nordugandischen Stadt Lira, die seit langem an den Gesundheits-Sendungen von Radio Wa mitarbeitet,

war für die Koordination von Talking Health zuständig. Zu ihrem Team gehörten ein Journalist, zwei Lepra-Kranke, ein NTLP-Mitarbeiter und mehrere Bezirksbeamte.

Ebong verwaltete das Budget und berichtete an die deutsche Geberorganisation. Sie verstand es als ihre Aufgabe, zu beraten, und überließ es somit den Bezirken, auszuwählen, welche Einrichtungen und Mitarbeiter geschult werden sollten. Somit fungierte sie mehr als Vermittlerin denn als Direktorin.

Das Projekt hatte viele Stärken:

- Es befasste sich mit einer schweren, oft vernachlässigten Tropenkrankheit.



**Olaf Hirschmann**

war von Oktober 2011 bis März 2016 Repräsentant der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW) in Uganda und Südsudan.  
olaf.hirschmann@gmx.de

- Es wandte sich an die ländliche Bevölkerung, und zwar in deren Sprache und auf eine kulturell angemessene Weise.
- Es war enorm kosteneffizient.
- Es verließ sich auf die vorhandenen Strukturen – lokale Einrichtungen, inklusive Gesundheitseinrichtungen und Radiostation – und stärkte diese zugleich.
- Es wird dank der Schulung des lokalen Gesundheitspersonals und des Radio-Teams eine nachhaltige Wirkung haben.

Erwähnenswert ist, dass die Haut-Camps die Menschen nicht nur für den Umgang mit Lepra sensibilisiert, sondern Hautgesundheit allgemein gefördert haben. Es verbesserte somit auch das Ansehen forschungsbasierter Gesundheitseinrichtungen. ←

## Theoretische Erkenntnisse praktisch umgesetzt

Oft fehlen lokalen Mitarbeitern im Gesundheitswesen Kenntnisse über vernachlässigte tropische Krankheiten. In Uganda etwa müssen sie sich mit Lepra auskennen.

„Ja, solche Flecken auf der Haut habe ich schon oft gesehen, aber ich ahnte nicht, dass das Lepra sein könnte.“ So reagierte Anges Okwori, als Eli Ogang von Ugandas nationalem Tuberkulose- und Lepra-Programm (NTLP) in einer Gesundheitseinrichtung in Oyam Bilder zeigte. Okwori arbeitet dort als Krankenschwester. Sie und ihr Team nahmen an Ogangs eintägigem Lepra-Workshop teil. Am Tag darauf nahmen sie gleich am Haut-Camp des Talking-Health-Projektes teil (siehe Hauptartikel).

Ogang griff in ihrem Vortrag alle Fragen zum Thema Lepra auf, die für Mitarbeiter im Gesundheitswesen auf Distriktebene wichtig sind. Dazu gehören die ersten Symptome einer Hautreizung und die Messung des Sensibilitätsverlusts mit Sonden, aber auch Behandlungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der Rehabilitation, falls die Erkrankung bereits zu Behinderungen geführt hat. Zehen und Finger wachsen natürlich nicht nach, trotzdem lässt sich die Lebensqualität der Patienten mithilfe maßgeschneiderter orthopädischer Hilfsmittel – wie etwa speziellen Sandalen – verbessern. Auch kann verhindert werden, dass Gliedmaßen, die bereits empfindungslos sind, weiter geschädigt werden.

Das Team bekam nicht nur Input zu Ursachen, Anzeichen, Diagnose und Behandlung, sondern wurde auch dafür sensibilisiert, dass die Krankheit soziale Auswirkungen hat – wie Stigmatisierung und Ausgrenzung. Schließlich ist das Ziel, den Patienten trotz ihrer Einschränkungen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Das Team konnte sein neu erworbenes Wissen bereits einen Tag später im Haut-Camp anwenden. Mehrere hundert Patienten kamen, bei schwierigen Fällen konsultierten die lokalen Gesundheitskräfte den Experten der regionalen Klinik in Lira, der nach Oyam gekommen war. Mit praktischer Erfahrung verknüpft bleiben die Kenntnisse besser in Erinnerung, als wenn es bei trockener Theorie bleibt. Nach dem Haut-Camp sagte Okwori: „Ich erkenne jetzt den Unterschied zwischen Allergien, bakteriellen Infektionen und Pilzinfektionen. Bisher habe ich alles behandelt, als wäre es eine Pilzinfektion.“

### WE CAN CURE LEPROSY SUFFERERS!

Look at the pictures:



But we need YOUR cooperation!  
WHAT does your cooperation consist in?

P.T.O.

Talking Health

Info-Broschüre für das Gesundheitspersonal.



**Herman Joseph Kawuma**

ist medizinischer Berater der DAHW für Uganda.  
joseph.kawuma@dahw.org

# Zurück ins normale Leben

Der Erfolg der kolumbianischen Friedensgespräche hängt auch davon ab, wie der Staat mit den 8 Millionen vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen umgeht. Eine Studie zeigt, wie Opfergruppen, Gemeindeverwaltungen und Wirtschaftsakteure gemeinsam lokale Strategien entwickeln können, um Opfer beim Aufbau einer neuen Lebensgrundlage zu unterstützen.

Von Gregor Maaß und Mario Pilz

➔ Wie können die Opfer des Bürgerkriegs in Kolumbien sinnvoll bei der Wiedereingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben im ländlichen Raum unterstützt werden? In der Region Caldas, im Zentrum Kolumbiens, hat ein Forschungsteam des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin und der kolumbianischen Universidad Autónoma Manizales (UAM) nach Antworten gesucht und Strategien entwickelt. Dazu gehören:

- die Stärkung lokaler Märkte,
- die psychosoziale Unterstützung der Opfer und
- eine bessere Koordination zwischen Produktions- und Opferverbänden.

Die Studie wurde von der GIZ in Koordination mit der Regionalregierung in Auftrag gegeben.

Das in der Arbeit angebotene Vorgehen kann auch in anderen Regionen Kolumbiens angewendet werden. Gemeinden im ganzen Land werden vor der Aufgabe stehen, Opfer bei der Wiedereingliederung zu unterstützen. Patentlösungen sind hier wenig erfolgversprechend. Stattdessen müssen die jeweiligen wirtschaftlichen Potenziale der Regionen ebenso berücksichtigt werden wie die konkrete Situation der von Bürgerkrieg und Vertreibung betroffenen Menschen. Grundvoraussetzung dabei ist der Dialog zwischen lokalen Regierungen, Wirtschaftsakteuren und Opferverbänden.

Diesem Verständnis nach setzt auch das GIZ-Programm CERCAPAZ seit vielen Jahren auf einen Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Institutionen. Ziel ist, gemeinsam nach-



*Die Opfer des Bürgerkriegs sind meist Kleinbauern.*



Harrison/lineair

haltige Friedensstrategien zu gestalten und konkrete Lösungsansätze zu entwickeln. Im Rahmen der nationalen Friedensagenda Kolumbiens stehen die Teilhabe der Opferbevölkerung und deren Entschädigung, die Bürgersicherheit und ein friedliches Zusammenleben sowie die Gestaltung regionaler Ansätze im Fokus.

Doch aufgrund der großen Diversität des ländlichen Raums und einer sehr heterogenen Opferbevölkerung mangelt es oft an verlässlichen Informationen und folglich auch an gezielten Strategien, um den spezifischen Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung gerecht werden zu können. Die Studie analysiert deshalb zum einen die regionale Wirtschaftsstruktur und charakterisiert zum anderen die Opferbevölkerung.

Das Untersuchungsgebiet umfasst vier Gemeinden im Osten der Region Caldas: Marquetalia, Norcasia, Pensilvania und Samaná. Die bewaffneten Auseinandersetzungen gehören hier weitestgehend der Vergangenheit an, so dass die Sicherheitslage die Forschungsarbeit in ländlichen Gebieten ermöglichte.

Caldas gehört zur Kaffeeregion Kolumbiens, und bis heute ist Kaffee eines der wichtigsten Agrarprodukte. In den Untersuchungsgebieten werden darüber hinaus auch Kakao, Avocado, Kochbanane, Zuckerrohr und Kautschuk angebaut. In einigen Gebieten spielen die extensive Viehhaltung sowie die Forstwirtschaft eine Rolle, sonst gibt es kaum Einnahmequellen. Dass zunehmend Nahrungsmittel nach Kolumbien importiert werden, setzt die heimische Landwirtschaft stark unter Druck, was auch in Caldas deutlich zu spüren ist. Der Absatz ist zudem durch die schlechte Infrastruktur und die hohen Transport- und Zwischenhändlerkosten immer weniger rentabel. Die Verzweiflung der Klein-

bauernfamilien hat sich 2013 landesweit in einem der größten sozialen Proteste Luft gemacht, die Kolumbien in den vergangenen Jahren erlebt hat.

Die Bürgerkriegsopfer in Caldas befinden sich in einer ähnlich prekären Lage wie die ländliche Bevölkerung allgemein. Speziell ist, dass nur wenige der Vertriebenen über genügend eigene Anbauflächen verfügen, um in der Landwirtschaft wieder Fuß zu fassen. Darüber hinaus ist für die Opfer charakteristisch, dass sie zum Teil eine starke Abhängigkeit von staatlichen Beihilfen entwickelt haben, deren ziellose Verteilung sie letztlich hindert, selbst Initiative zu ergreifen. Da es kaum psychosoziale Unterstützung gibt, haben viele Menschen die traumatischen Kriegserlebnisse nicht verarbeiten können. In dieser Situation ist es sehr schwer, Unternehmerrgeist zu entwickeln. Die Opferbevölkerung zieht sich zurück und beteiligt sich kaum am gesellschaftlichen Leben.

## Wochenmarkt regionaler Erzeuger

Die Frage ist also, was notwendig ist, damit alle Akteure gemeinsam Lösungen finden. Eine funktionierende Landwirtschaft und der Handel auf lokaler und regionaler Ebene sind gerade im ländlichen Raum essenziell. Dies hat die Munizipalregierung in Pensilvania erkannt und gemeinsam mit lokalen Produzenten- und Interessensverbänden die Initiative des Mercado libre campesino ins Leben gerufen: Sie hat einen Raum und den Anreiz für einen Wochenmarkt mit lokalen Produkten inmitten des Stadtzentrums geschaffen.

Über Jahre hinweg dominierten Waren aus Bogotá das Angebot in Pensilvania, obwohl der Bedarf durch



**Gregor Maaß**

arbeitet als entwicklungspolitischer Gutachter und Trainer mit dem Schwerpunkt Konflikttransformation und Friedensförderung.  
kontakt@gregor-maass.de

Symbolische Wiedergutmachungsaktion von Opfern des bewaffneten Konflikts in Kolumbien.

## Perspektiven für Millionen Bürgerkriegsopfer

Nach einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg scheint die Unterzeichnung der Frie-

densverträge zwischen der Guerillaorganisation FARC und der kolumbianischen Regierung zum Greifen nahe. In den mehr als drei Jahre andauernden Gesprächen behandelten sie zentrale Ursachen des Konfliktes und widmeten sich nicht zufällig gleich im ersten Verhandlungspunkt dem ländlichen Raum. Denn die Armut auf dem Land war einst Anlass für den bewaffneten Kampf der Rebellen und prägt Kolumbien bis heute.

Am bewaffneten Konflikt in Kolumbien sind neben dem kolumbianischen Militär und der FARC auch die Rebellengruppe ELN, Paramilitärs und kriminelle Banden beteiligt. Die jahrzehntelange Gewalt hat eine sehr hohe Zahl an Opfern von Tod, Gewalt und Vertreibung zur Folge, vor allem bei der ländlichen Bevölkerung. Bis

Juni 2016 registrierte die staatliche Opferbehörde 8 Millionen Betroffene, darunter sind rund 6,8 Millionen Binnenflüchtlinge. Mehr Binnenflüchtlinge gibt es weltweit derzeit nur in Syrien.

Trotz andauernden Bürgerkriegs brachte die Regierung in den letzten Jahren eine Entschädigungspolitik auf den Weg, um für die sozioökonomische Stabilisierung der Opfer und die Wiederherstellung ihrer Rechte zu sorgen. Die entsprechende Opfergesetzgebung hat Kolumbien international viel Anerkennung gebracht, an der Umsetzung mangelt es jedoch. Erst im vergangenen Jahr wies ein kritischer Bericht des kolumbianischen Rechnungshofs auf die besorgniserregende Lage sowie eine massive und strukturelle Verarmung der Opfer hin.



die lokale Produktion ausreichend hätte gedeckt werden können. Hohe Produktions- und Transportkosten, mangelnde Qualität und ein stark schwankendes Angebot verhinderten, dass lokale Produkte verkauft und vertrieben wurden. Auch eine gesteigerte Vorsicht und ein allgemeines Misstrauen, was viele Menschen als Überlebensstrategie in Zeiten des Konflikts verinnerlicht hatten, stellten sich als ein Hindernis für einen funktionierenden Markt heraus.

Der Mercado libre campesino ermöglicht nun vielen Kleinbauern einen Direktvertrieb, ohne auf Zwischenhändler angewiesen zu sein. Auch Produkte aus häuslicher Erzeugung finden so erstmals eine geeignete Handelsplattform. Die Konsumenten werden dadurch wieder für lokale Produkte sensibilisiert. Der direkte Kontakt und Austausch zwischen Erzeugern, Konsumenten, Händlern und Verbänden schafft gegenseitiges Vertrauen. Darüber hinaus wird auch Raum für neue Ideen geschaffen. So kann beispielsweise eine junge Familie ihre ausgefallenen Joghurtkreationen nun auch einem größeren Publikum anbieten, anstatt für den Verkauf mühsam von Haus zu Haus ziehen zu müssen.

## Psychosoziale Unterstützung

Da die Menschen in Caldas im Krieg traumatische Erlebnisse erfahren haben, leiden sie häufig noch unter psychischen Folgen. Um das Erlebte bewältigen zu können, ist eine professionelle Begleitung notwendig. Psychosoziale Unterstützung sollte daher Teil der Projekte für die Opfer des Bürgerkrieges sein. Dabei sind neben der individuellen Unterstützung auch kollektive Ansätze wichtig, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern.

Eine eindrucksvolle Initiative in diesem Bereich ist die der Stiftung Sol Naciente. Sie verdeutlicht, worum es bei der psychosozialen Bewältigung von Kriegstraumata geht. Im Zentrum der Arbeit steht die Tanzschule der Bauchtänzerin Layla. Bei insgesamt etwa 300 Anhängern erfreut sich ihr Unterricht einer außergewöhnlich hohen Beliebtheit. Durch Kunst und Kulturarbeit gelingt es den Menschen, Selbstvertrauen zu fassen, Freude zu empfinden und wieder positiv in die Zukunft zu blicken. Layla bietet sowohl im urbanen Raum der Gemeinde Pensilvania Tanzstunden an wie auch in den besonders stark vom Bürgerkrieg betroffenen ländlichen Gebieten. Die Stiftung Sol Naciente gibt dem Tanzunterricht eine explizite psychosoziale Perspektive. Der geschützte Raum des gemeinsamen Tanzunterrichts soll die Menschen unterstützen, ihre Würde zurückzugewinnen. Wer durch den Tanz und die eigene Ausdruckskraft zu sich selbst findet, gewinnt auch die Kraft, wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Schaffung von lokalen Erzeugermärkten mag banal erscheinen und auch der Grundgedanke psychosozialer Betreuung in Krisen- und (Post-)Kon-



fliktgebieten liegt nahe. Komplexe Bedingungen und soziale Gefüge wie im ländlichen Raum Kolumbiens machen jedoch deutlich, dass beide Dimensionen in enger Wechselwirkung stehen und von Grund auf zusammen betrachtet werden müssen. Eine transparente Partizipation und ein zielgerichteter, aber ergebnisoffener Dialog aller relevanten Interessenvertreter müssen weitere elementare Bestandteile aller Entscheidungsstrategien bilden.

Im Rahmen der Untersuchungen wurde immer wieder deutlich, dass gegenseitiges Misstrauen, fehlendes Wissen über die Kompetenzen und Interessen, aber auch unklare Verantwortlichkeiten jegliche Bemühungen zur Teilhabe schon im Kern ersticken können. Obwohl viele der registrierten Opfer bereits in Verbänden organisiert sind, beteiligen sich nur einige wenige Mitglieder aktiv. Die erfolgreiche Übermittlung der Bedürfnisse der Opferbevölkerung steht und fällt daher meist mit ihren Repräsentanten.

Es fehlt oft an einer wirklichen Teilhabe der Opferbevölkerung an Entscheidungsfindungsprozessen, um ihr sozioökonomisches Umfeld aktiv mitgestalten zu können. So beschränkt sich die Zusammenarbeit lokaler Erzeuger und Produzentenverbände oft auf reine Interessenbekundungen, ohne etwa gemeinsam konkrete Strategien zur Vermarktung umzusetzen. Hier könnte die Lokalregierung vermitteln und förderliche Rahmenbedingungen schaffen. Wenn sozioökonomische Potenziale erkannt werden und die Opferbevölkerung sowie relevante Akteure beteiligt werden, rücken Entschädigungsmaßnahmen in greifbarere Nähe. ←

### Link

Maaß, G., Montens, K., Hurtado Cano, D., Molina Osorio, A., Pilz, M., Stegemann, J., und Guillermo Vieira, J., 2013: Entre reparación y transformación: Estrategias productivas en el marco de la reparación integral a las víctimas del conflicto armado en el Oriente de Caldas, Colombia (in Spanish). Berlin. [https://www.sle-berlin.de/files/sle/auslandsprojekte/2011/2013\\_Kolumbien\\_mit%20Cover.pdf](https://www.sle-berlin.de/files/sle/auslandsprojekte/2011/2013_Kolumbien_mit%20Cover.pdf)

*Kaffee ist eines der wichtigsten Handelsprodukte Kolumbiens.*



**Mario Pilz**

forschte 2013 für das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Berliner Humboldt-Universität und die GIZ in Kolumbien. Er arbeitet derzeit im Programmmanagement der Welthungerhilfe in Pakistan. [mariopilz@gmx.net](mailto:mariopilz@gmx.net)

# Lehren aus Mariana

2015 ist im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais ein Damm gebrochen und hat eine Schlammlawine entfesselt, die 19 Menschen tötete und enorme Zerstörungen verursachte. Derartige Katastrophen resultieren daraus, dass Investitionen in Umweltsicherheit als Wachstumsbremse angesehen werden. Diese Haltung muss sich dringend ändern, um ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Nutzung natürlicher Ressourcen, wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit zu finden.



## Von Renata Buriti

➔ Der Unfall in der Nähe der Stadt Mariana war wohl die schlimmste Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens. Ein Damm, der Millionen Kubikmeter Bergbauabfälle hielt, brach zusammen, und die entfesselten Massen rissen einen weiteren Damm ein. Das Ergebnis war eine mit Schwermetallen kontaminierte Schlammlawine. Sie traf mehr als 40 Orte, zerstörte Fauna und Flora und verschmutzte den Fluss Rio Doce. Schließlich erreichte der giftige Abfall den Atlantik. Nach Angaben der brasilianischen Polizei war der Damm nicht ordnungsgemäß gewartet. Bergbau-Unfälle, die auf schlechte Infrastruktur zurückgehen, sind leider nichts Ungewöhnliches, vor allem in ländlichen Gebieten.

Neben dem Verlust von Menschenleben hatte die Katastrophe weitere schwere Folgen. Mehr als 1 600 Menschen mussten ihre Häuser verlassen und verloren ihre Existenzgrundlage. Darüber hinaus verloren viele Arbeiter ihre Jobs, weil der Unfall die Bergbaugesellschaft Samarco lahmlegte. Es ist nicht klar, ob sie den Betrieb jemals wieder aufnehmen wird. Samarco ist ein Joint Venture von zwei der drei größten Bergbauunternehmen der Welt: Vale und BHP Billington. Konzerne dieser Größe sollten verantwortungsvoll mit Sicherheitsthemen umgehen, das taten sie jedoch offensichtlich nicht. Vale ist ein multinationales Unternehmen mit Sitz in Rio de Janeiro, und BHP Billington hat seinen Hauptsitz im australischen Perth.

Die Dörfer am Flussufer verloren ihre Einnahmequellen. Der giftige Schlamm tötete Tonnen von Fisch, große Flussabschnitte kommen für Fischerei nicht mehr in Frage, und der überflutete Boden ist für die Landwirtschaft unbrauchbar geworden. Auch die Infrastruktur für Transport, Wasser- und Stromversorgung ist stark beschädigt. Darunter leiden auch andere Branchen wie der Tourismus. Die regionale Wirtschaft wird die Folgen noch jahrelang spüren.

600 Kilometer des Rio Doce sind von den Auswirkungen der Schlammlawine betroffen. Einige Arten, die nur dort existierten, sind wahrscheinlich ausge-

storben. Experten können nicht abschätzen, wie lange es dauern wird, bis sich die lokale Fauna erholt. Staatliche Behörden wollen die Auswirkungen der Katastrophe und den Erfolg der Wiederherstellungsmaßnahmen mindestens zehn Jahre lang überwachen.

## Hohe Bußgelder

Eine vom brasilianischen Nationalkongress eingesetzte Sonderkommission kam zu dem Ergebnis, dass Fahrlässigkeit seitens der Bergbaugesellschaft die Katastrophe verursacht hat. Samarco musste 20 Milliarden Reais (etwa 5,2 Milliarden Euro) Strafe zahlen, mehr als je zuvor nach einem Betriebsunfall in Brasilien gezahlt wurde. Staatliche Behörden und Samarco einigten sich auf die Schaffung eines Fonds, um den Wiederaufbau und Ausgleichsmaßnahmen zu finanzieren.

Nach Ansicht vieler Beobachter müssen jedoch auch die zugrundeliegenden Probleme in Angriff genommen werden. Brasilien braucht eine strengere Regulierung und Aufsicht des Bergbaus. Es mangelt an Strategien, um wirtschaftliche Entwicklung mit Umweltschutz zu koppeln. Da die Gefahren des Bergbaus nicht direkt Brasiliens Städte betreffen, in denen die meisten Menschen leben, stehen diese Themen auf der politischen Agenda nicht weit oben. Die Landbevölkerung leidet unter den Folgen. Wenn die Umweltkosten realistisch betrachtet würden, erschiene schnelles Wirtschaftswachstum weit weniger attraktiv. Das Beispiel Mariana zeigt, welche Kosten nicht nachhaltige Entwicklung auf kurze und lange Sicht verursacht.

Brasiliens Bergbausektor ist traditionell eine wichtige Säule der Wirtschaft. Auf ihn entfallen rund vier Prozent des BIP und etwa 20 Prozent der Exporte. Laut dem Brasilianischen Institut für Geographie und Statistik stellt die Bergbauindustrie etwa acht Prozent aller Industriearbeitsplätze im Land, wobei Jobs in den Lieferketten nicht mitgerechnet sind.



Rettungseinsatz nach dem Dambruch im November 2015.

Basso/NurPhoto/picture-alliance

## Handlungsbedarf

Das nationale Bergbaugesetz stammt aus den 1960er Jahren. Es wurde den fortschrittlichen Umweltgesetzen Brasiliens bisher nicht angepasst. Dementsprechend können Bergbauunternehmen nach wie vor ohne Rücksicht auf Umweltrisiken und ökologische Folgen Ressourcen ausbeuten. Sie können zum Beispiel problemlos auf indigenem Land operieren oder in Gegenden, in denen die Natur eigentlich geschützt werden soll. Darüber hinaus muss überwacht werden, ob sie ihre Anlagen in einem guten Zustand halten.

Eine Reform des Bergbaugesetzes wurde im Jahr 2013 angekündigt, aber der Entwurf berücksichtigt Umweltaspekte kaum. Die Priorität liegt auf dem Abbau von Bürokratie, der Beschleunigung des Bergbaus und der Steigerung der Produktivität von Unternehmen. Dagegen schlägt der Nationale Bergbauplan 2030 durchaus Maßnahmen vor, um die ökologische Nachhaltigkeit in der Branche zu fördern. Gute Absichten sind jedoch nicht genug. Entsprechendes

Handeln und eine strenge Gesetzgebung sind notwendig.

Die besten Gesetze sind jedoch wertlos, wenn sie nicht durchgesetzt werden. Es macht stutzig, dass die Staatsausgaben für die Überwachung der Bergbauindustrie rückläufig sind. Nach Angaben der NGO Conatas Abertas verbrauchten Bundesbehörden 2015 nur 13,2 Prozent der dafür vorgesehenen Mittel.

Brasiliens Regierung steckt derzeit in der Krise. Präsidentin Dilma Rousseff ist vom Amt suspendiert, und der amtierende Präsident Michel Temer sitzt alles andere als fest im Sattel – nicht zuletzt aufgrund von Korruptionsvorwürfen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/06, S. 11). Angesichts der schweren Rezession, unter der das Land leidet, ist nicht zu erwarten, dass das Kabinett den Bergbausektor in absehbarer Zeit stärker reguliert. Schnelles Wachstum scheint nach wie vor höchste Priorität zu haben. Doch Brasilien wird den Preis dafür zahlen müssen. Die Regierung wäre gut beraten, Lehren aus Mariana zu ziehen. ←



**Renata Buriti** ist Postgraduierte an der TH Köln und spezialisiert auf Wasserressourcenmanagement.  
[re.buriti@gmail.com](mailto:re.buriti@gmail.com)

# Effektivere Partnerschaften

Die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) hängt von einer Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit ab. Die OECD hat aus zehn erfolgreichen internationalen Partnerschaften zehn Prinzipien destilliert.

Von Hildegard Lingnau

➔ Um die SDGs erreichen zu können, ist eine effektivere internationale Zusammenarbeit nötig. Die Zeiten, als Regierungen die wichtigsten Antriebskräfte und Financier von Entwicklung waren, sind vorbei. Die SDG-Agenda fordert „alle Beteiligten in allen Bereichen“. Der Privatsektor ist wichtig für Investitionen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Nutzung neuer Technologien. Entsprechend wird der diesjährige OECD-Development Cooperation Report (DCR 2016) die SDGs unter dem Aspekt wirtschaftlicher Handlungsmöglichkeiten durchdeklinieren („SDGs as business opportunities“). Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle dabei, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, öffentliche und private Aktivitäten sowie effektives globales Handeln einzufordern und zu überwachen.

Die SDGs können also nur gemeinsam mit allen relevanten Akteuren im Rahmen von Partnerschaften erreicht werden. Aber der Begriff „Partnerschaft“ umfasst eine breite Vielfalt an

Ansätzen, Strukturen und Zielsetzungen, die sich nicht als homogenes Ganzes verstehen lassen. Die Erfahrung zeigt darüber hinaus, dass mehr internationale Partnerschaften nicht automatisch zu mehr oder schnelleren Fortschritten führen.

Der OECD-Development-Cooperation-Report 2015 (DCR 2015) hat darum die Erfahrungen von zehn erfolgreichen Partnerschaften untersucht:

- dem Engagement der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung in Partnerschaften wie der Impfallanz Gavi und dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie anderen Krankheiten,
- der Globalen Partnerschaft für Bildung,
- der UN-Initiative Sustainable Energy for all (SE4All),

- der Aid-for-Trade-Initiative (Aft),
- der EffectiveInstitutionsPlatform (EIP),
- dem International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS),
- der Partnership in Statistics for Development in the 21<sup>st</sup> Century (PARIS21),
- der Grow-Africa-Partnerschaft sowie
- der Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen aus Entwaldung und Waldschäden (REDD+).

Auf der Grundlage dieser Fallstudien formuliert der DCR 2015 zehn Prinzipien für funktionierende Partnerschaften. Er lehnt



Photo:shot/picture-alliance

sich dabei an die Prinzipien guter Zusammenarbeit an, die die Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) im Zuge einer Reihe hochrangiger Foren zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit seit 2003 (siehe Kasten) erarbeitet hat und die womöglich auch für SDG-Partnerschaften mit neuen Akteuren genutzt werden können. Auf der Grundlage der zehn Fallstudien erfolgreicher Partnerschaften fasst der DCR

2015 die folgenden zehn Erfolgskriterien für Partnerschaften zusammen:

1. So wichtig Bottom-up-Initiativen sind, es müssen auch Top Leaders mit ins Boot. Ohne sie kann business as usual nur schwer überwunden werden. Ihr Einsatz ist auch Voraussetzung dafür, politische Initiativen in Gang zu bringen und zu halten sowie die erforderlichen öffentlichen und privaten Ressourcen zu mobilisieren.
2. Eine ausgewogene Balance zwischen globaler Strategie und lokalen Prioritäten ist entscheidend. Wenn Partnerschaften nicht von den Ländern ausgehen und kontextspezifisch sind, werden sie ihre Ziele kaum erreichen.
3. Bemühungen dürfen sich nicht doppelten oder verzetteln. Partnerschaften sollten Komplexität reduzieren, nicht erhöhen.

*Ansteckende Krankheiten überschreiten nationale Grenzen: Kampf gegen das Zika-Virus in San José, Costa Rica.*

4. Partnerschaften müssen inklusiv und transparent sein. Alle beteiligten Interessenvertreter müssen adäquat informiert sein und ihre Stimmen einbringen können.
5. Es gibt kein einheitliches Modell: Jedes Partnerschaftsmodell muss zu der jeweiligen Herausforderung passen.
6. Grundlegende Prinzipien, Ziele, Implementierungspläne und Durchsetzungsmechanismen müssen

- von allen Partnern geteilt werden. Gemeinsame Prinzipien erhöhen die Motivation und gut definierte Ziele helfen bei der Implementierung, der Berichterstattung und beim Monitoring. Sanfte Durchsetzungsmechanismen wie Peer-Reviews eröffnen auf konstruktive Art und Weise Lern- und Verbesserungsmöglichkeiten und sind daher besonders wertvolle Instrumente zur Erreichung weiterer Fortschritte.
7. Rollen und Verantwortlichkeiten müssen von Anfang klar definiert sein, auch um Rechenschaft einfordern zu können.
  8. Ergebnisse müssen im Fokus stehen, nicht Inputs. Wenn es möglich ist, eine direkte Verbindung zwischen eingebrachten Ressourcen und erreichten Ergebnissen aufzuzeigen, hilft das sehr, um Akteure an Bord zu bringen oder bei der Stange zu halten.

9. Fortschritte müssen überwacht werden, und zwar mithilfe solider Daten. Nur so können evidenzbasierte Entscheidungen getroffen und Accountability ermöglicht werden.
10. Last, but not least bedarf es ausreichender finanzieller Ressourcen. Ohne verlässliche und vorhersagbare Finanzierung können Partnerschaften keine Innovationen anregen, umsetzen und nachhalten. Die Bündelung von Mitteln stellt darüber hinaus einen wichtiger Anreiz für gemeinsames und effektiveres Handeln dar.

Wenn die politischen Entscheidungsträger und die Partner von SDG-Partnerschaften sich an den beschriebenen Prinzipien orientieren, kann die internationale Zusammenarbeit verbessert und können die SDGs hoffentlich erreicht werden. Es geht darum, einen positiven Kreislauf anzustoßen, in dem gute Ergebnisse zu mehr

Engagement führen und dies wiederum zu weiteren Fortschritten. Weiterzumachen wie bisher würde hingegen wahrscheinlich zu einem Teufelskreis führen: Die Global-Governance-Fähigkeit würde den SDGs nicht gerecht, Ergebnisse blieben aus, das Vertrauen in die globale Problemlösungsfähigkeit würde geschwächt. ←

#### Link

OECD: Development Co-operation Report 2015 – Making partnerships effective coalitions for action.  
<http://www.oecd.org/dac/development-co-operation-report-20147721.htm>

#### Hildegard Lingnau



hat diesen Text in ihrer Rolle als Seniorberaterin der OECD verfasst, wo sie unter anderem für die Development Cooperation Reports (DCRs) verantwortlich war. Sie ist mittlerweile Head of Cooperation an der deutschen Botschaft in Kenia. Dieser Beitrag gibt ihre persönlichen Ansichten wieder.  
[hildegard.lingnau@web.de](mailto:hildegard.lingnau@web.de)

## Prozess in Gang halten

Die wachsende globale Interdependenz ist nicht neu. Aber die globale Regierungsführung hat mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten. Politik wird meist immer noch auf der Nationalstaatsebene geplant und umgesetzt, obwohl die meisten Herausforderungen, wie Erderwärmung, ansteckende Krankheiten und Finanzstabilität, nur international und nicht im Alleingang lösbar sind.

Die Globalisierung stellt das Prinzip des souveränen Staats in Zweifel. Die internationale Zusammenarbeit hat sich verändert und bildet ein komplexes System globaler Governance. Zu den vielen Problemen gehören die ungleiche Bereitschaft der Regierungen, internationale Verpflichtungen einzugehen und umzusetzen, sowie die unzureichende Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Laut dem UN-Komitee für Entwicklungspolitik werden „wichtige Bereiche von gemeinsamem Interesse derzeit nicht oder nur unzureichend von globalen Governance-Mechanismen abgedeckt, während andere Bereiche als zu festgelegt oder überreguliert gelten“. Tatsächlich haben die multilateralen Initiativen der vergangenen zwei Jahrzehnte die globale

Regierungsführung nicht wie erhofft verbessert.

Wichtige Schritte waren die UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (2002), Doha (2010) und Addis Abeba (2015), die jährlichen UN-Klimagipfel oder die High-Level-Foren zur Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit in Rom (2003), Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011). Einige Prinzipien lohnt es zu wiederholen. Dazu gehören die fünf Säulen wirksamer Entwicklungszusammenarbeit aus der Pariser Erklärung von 2005:

- **Ownership:** Die Entwicklungsländer haben die Federführung und Verantwortung für ihre Entwicklung.
- **Alignment:** Entwicklungszusammenarbeit muss sich an den Politiken, Institutionen und Verfahren der Partnerländer ausrichten.
- **Harmonisation:** Die internationalen Partner müssen ihre Bemühungen untereinander abstimmen.
- **Managing for results:** Der Fokus der Anstrengungen muss auf den Ergebnissen liegen.
- **Mutual accountability:** Die Beteiligten sind gegenseitig rechenschaftspflichtig.

Obwohl diese Prinzipien die Entwicklungszusammenarbeit geprägt haben,

geht ihre Umsetzung nicht wie erhofft voran. Das zweite High-Level-Meeting der Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) Ende 2016 in Nairobi bietet die Gelegenheit, Fortschritte und Umsetzungsprobleme zu diskutieren und die Prinzipien weiterzuentwickeln.

Die GPEDC wurde 2011 in Busan gegründet, um die Agenda für effektive Entwicklungszusammenarbeit in Gang zu halten. Im Auftrag der OECD haben Wissenschaftler die Stärken und Schwächen der Agenda bewertet. Hilfreich war demnach sowohl die Einbeziehung von Politikern auf Ministerebene als Co-chairs der GPEDC wie auch die präzise definierten Prinzipien und das laufende Monitoring von Fortschritten. Kritisch gesehen werden dagegen die Komplexität der Agenda und der Mangel an Möglichkeiten, rechtlich nicht verbindliche Verpflichtungen einzufordern. Die GPEDC wird von den Partnerschaftsprinzipien profitieren, die die OECD in ihrem Development Cooperation Report 2015 aufgelistet hat (siehe Hauptartikel).

#### Link

<http://effectivecooperation.org/monitoring-country-progress/explore-monitoring-data/>

# Betroffene miteinbeziehen

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist ein wichtiges Thema auf der developmentpolitischen Agenda. Das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) an der Humboldt-Universität zu Berlin hat zu diesem Thema aktuell eine Studie plus Handbuch erstellt. Ziel war es, aufzuzeigen, wie Inklusion von Menschen mit Behinderung bei der Planung und Umsetzung von Programmen in den Partnerländern systematisch und nachhaltig verankert werden kann.

## Von Bettina Kieck

➔ Die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) erstellte Studie bietet das theoretische Rüstzeug, während das Handbuch eine konkrete Unterstützung für Planer, Praktiker und Partner darstellt. Das Forschungsteam kombinierte die Erarbeitung der Studie mit der Entwicklung des Handbuchs und Empfehlungen von Praktikern. Letztere kamen durch zahlreiche Interviews zustande. So wurden Aktivisten von Behindertenorganisationen, GIZ-Mitarbeiter, politische Entscheidungsträger, Lehrpersonal an Berufsschulen und Verantwortliche des Transportsektors befragt. Die Wissenschaftler testeten zudem die für das Handbuch entwickelten Methoden im Rahmen von Workshops in Namibia und modifizierten sie bei Bedarf. Die vorgestellten Praxisbeispiele beruhen auf realen Erfahrungen in Namibia.

Namibia bietet sich unter anderem als Forschungsgegenstand an, weil es finanziell relativ gut ausgestattet ist. Das Land erhält, gerechnet auf seine Bevölkerung, pro Kopf die weltweit höchste offizielle Entwicklungshilfe aus Deutschland. Zudem zeigt Namibia Eigenaktivitäten im Bereich Inklusion. Das Thema wird in politische Maßnahmen explizit einbezogen. Im Jahr 2015 richtete die Regierung ein Ministerium ein, das sich speziell um die Belange von Menschen mit Behinderung kümmert. Das Bewusstsein der Bevölkerung gegen die Marginalisierung von Menschen mit Behinderung wird in Medien und Kampagnen gestärkt. Dennoch klafft ein großes Loch zwischen Theorie und praktischer Umsetzung.

Aus den identifizierten Barrieren und Anforderungen im Berufsschulbereich und im Transportwesen haben die Forscher Empfehlungen für die GIZ in Namibia entwickelt. Diese wären:

- Bewusstseinsbildung und Sensibilisierungstraining für Berufsschullehrer und andere Akteure, dazu gehören auch Entscheidungsträger im Privatsektor, unter

- Ausbau der Kooperation zwischen Berufsschulen und dem Arbeitsmarkt, um den Übergang von Ausbildung in den Arbeitsmarkt für Arbeitssuchende mit Behinderung zu erleichtern,
- Finanzielle und technische Unterstützung der Partnerorganisationen bei der Entwicklung barrierefreier Lehrmaterialien für Auszubildende mit Behinderungen.

Auch für das Transportprogramm der GIZ erarbeitete das Forschungsteam Empfehlungen. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Mobilität als ein zentrales Anliegen von Menschen mit Behinderung. Was in einem Land wie Deutschland bereits selbstverständlich ist, nämlich eine zumindest in vielen größeren Städten barrierefreie Infrastruktur inklusive barrierefreier öffentlicher Verkehrsmittel, steckt in Entwicklungsländern noch in den Kinderschuhen.



Oliver Gerhardt/Image Broker/Linear

Die Schulen in Namibia sind nicht für die Inklusion behinderter Kinder ausgelegt.

anderen Firmenchefs und Personalverantwortliche,

- Bildung von Schwerpunkten, die GIZ-Berater als Querschnittsthema und sektorübergreifend vertreten,
- Einbeziehung der Selbstvertreterorganisationen von Menschen mit Behinderung in Namibia bei der Konzeptionierung von Maßnahmen und stärkere Förderung dieser Gruppen als Partner der GIZ etwa durch Zusammenarbeit mit den sogenannten Disability-Trainern des namibischen Dachverbandes für Menschen mit Behinderung,

In Namibia ist der Weg in die Schule, zu Ausbildungsstätten, zur Arbeit und öffentlichen Einrichtungen für Menschen, die im Rollstuhl fahren oder gehbehindert sind und ebenso für Menschen mit visuellen Einschränkungen, sehr mühsam. Die GIZ kann dazu beitragen, die namibische Infrastruktur barrierefreier zu gestalten, insbesondere hinsichtlich barrierefreier Gebäude und angepasster Gehwege und Fahrstühle. Auch die Anschaffung von absenkbaren Bussen ist in Namibia Nahziel und längst keine Illusion mehr. Ein barrierefreies Gebäude ist im Neubau immer günstiger

als nachträglich eingebaute Rampen und Ähnliches. Weiter empfiehlt die Studie:

- Sensibilisierung und Aufklärung, um diskriminierendem Verhalten der Bus- und Taxifahrer gegenüber Menschen mit Behinderung entgegenzuwirken,
- Sensibilisierung und Information von GIZ-Entscheidungsträgern und Partnern im Transportwesen für die Inklusionsthematik und über bauliche Standards (nationale Standards berücksichtigen eine barrierefreie Infrastruktur),
- Barrierefreies Bauen in die Lehrpläne der Ingenieurwissenschaften (Bauingenieure/Stadtplaner) als ein obligatorisches Modul aufnehmen,
- Systematische Verankerung des Themas in die Bachelor- und Master-Programme der Bauingenieurwissenschaften der University of Namibia.

Einige der genannten Empfehlungen wurden bereits umgesetzt. So wird eine GIZ-Stelle für Querschnittsthemen eingerichtet, die Inklusion von Menschen mit Behinderung einschließt. Vorgeschlagene Maßnahmen für das Transportprogramm, wie die Anschaffung von absenkbaren Bussen oder Sensibilisierungsmaßnahmen für Fahrer, werden so bald wie möglich aufgegriffen. Inklusive Maßnahmen im Berufsbildungsprogramm haben bereits begonnen. So werden die Trainer für den Umgang mit Behinderten geschult und bei der Ausstattung der Berufsschulen werden auch die Bedürfnisse der Auszubildenden mit Behinderung berücksichtigt.

Auch in der Wirtschaftsförderung und Armutsbekämpfung ist das Inklusi-

onsthema von großer Bedeutung. Beide Bereiche sind Schwerpunkte der GIZ in Namibia. Das Handbuch gibt viele Informationen, welche Strategien und Methoden notwendig sind, um die Programme inklusiv zu gestalten.

Im Handbuch wird auch ein Instrument vorgestellt, mit dem systematisch geprüft werden kann, wie inklusiv eine Organisation bereits ist. Wenn noch gar keine Inklusion vorhanden ist, zeigen die Autoren auf, wo es konkrete Ansatzpunkte für mehr Inklusion geben könnte. Dieses bezieht sich sowohl auf die Ausgestaltung der Arbeitsplätze als auch auf organisatorische und institutionelle Barrieren. Den Lesern soll klarwerden, dass die Kosten, die durch Ausschließung und Nichtbeachtung von Menschen mit Behinderung entstehen, höher sind als Inklusion. Dabei geht es nicht nur um soziales Engagement aus ethischer Überzeugung, sondern auch darum, das hohe Potenzial von Menschen mit Behinderung adäquat zu nutzen.

Der Bau eines von vornherein barrierefreien Gebäudes ist wesentlich günstiger, als Rampen und Fahrstühle nachträglich einzubauen. Ähnlich verhält es sich mit entwicklungspolitischen Programmen und Projekten. Oft sind es Kleinigkeiten, die eine große Wirkung erzielen. Menschen mit Behinderung selbst sind oft die besten Experten für die Prioritätensetzung. Sie oder ihre Vertreter an der Planung eines Programmes zu beteiligen stellt erst wirklich sicher, dass ihre Belange und ihre Expertise adäquat berücksichtigt werden.

Inklusion wird hier entsprechend dem Handbuchtitel „Inclusion grows“ als etwas wachsendes beziehungsweise als ein Prozess beschrieben, dessen Ziele sich nicht von heute auf morgen erreichen lassen. Vielmehr braucht es eine gute Planung und verschiedene engagierte Akteure, die an einem Strang ziehen, um die Rechte von Menschen mit Behinderung auch mit Nachhaltigkeit umzusetzen.

Das Handbuch versteht sich als Vorschlag – nicht als Vorgabe – an Praktiker und als ein lebendiges, flexibles Dokument. Die Autoren gehen davon aus, dass das Buch sich erweitern und nachjustieren lässt, je mehr die Benutzer die vorgeschlagenen Instrumente einem „Realitätscheck“ unterziehen. Genau das will die GIZ damit auch erreichen: Das Handbuch soll in ausgewählten Projektländern verbreitet und angewandt werden und kann auf Grundlage dieser Erfahrungen anschließend erweitert werden. ←

#### Link

**Kieck, B., Ayeh, D., Beitzer, P., Gerdes, N., Günther, P., und Wiemers, B., 2016:** Developing a manual on disability mainstreaming for the German development cooperation – case study. Namibia.

<http://edoc.hu-berlin.de/series/sle/265/PDF/265.pdf>

#### Bettina Kieck



ist Pädagogin und Entwicklungspolitologin. Seit zehn Jahren arbeitet sie als Beraterin für Inklusion von Menschen mit Behinderung. 2015 leitete sie das SLE-Team der Humboldt-Universität für die Studie.

[bekieck@outlook.de](mailto:bekieck@outlook.de)

## Situation von Menschen mit Behinderung

Laut Schätzungen der WHO leben in Entwicklungsländern rund 15 Prozent der Menschen mit einer Behinderung. In Namibia ist dies nicht anders, konkrete Zahlen liegen zurzeit nicht vor. Namibia ist außerdem mit den zahlreichen allgemeinen Problemen Subsahara-Afrikas konfrontiert wie mit einer hohen Arbeitslosigkeit und ungleichen Einkommensverteilung. Die Qualität des Bildungsangebots ist trotz weitreichender Reformen unzulänglich.

Dennoch sind im Gegensatz zu den meisten Entwicklungsländern erste Ansätze und sogar Erfolge beim Thema Inklusion vorzeigbar. Seit 2015 gibt es ein

Ministerium, das sich um die Belange von Menschen mit Behinderung kümmert und so steht das Thema auf der politischen Agenda. Bewusstseinskampagnen sollen die Vorurteile in der Bevölkerung gegen Behinderte abbauen.

Untersuchungen zeigen, dass Menschen mit Behinderung dennoch auch in Namibia von größerer Armut betroffen sind als Menschen ohne Behinderung, etwa weil sie vom Bildungssystem ausgeschlossen werden. Unter Menschen mit Behinderung gibt es eine hohe Analphabetenquote, und in der formellen Berufsbildung finden sich kaum Auszubildende mit Behinderung.

Entsprechend ist auch die Arbeitslosigkeit extrem hoch. Dies bedeutet, die zuständigen namibischen Ministerien haben bisher kaum konkrete Erfolge in der Praxis aufzuweisen. Der Wille ist da, aber das Know-how und oft auch die finanziellen Mittel fehlen. Berufsschulen mit adäquaten technischen Ausstattungen und barrierefreie Lernmaterialien sind die aktuell größten Herausforderungen für den namibischen Berufsbildungssektor. Zudem fehlt es an Zulassungsvoraussetzungen beispielsweise in Gebärdensprache oder in einfacher Sprache für Bewerber an Berufsschulen, die keine schriftlichen Prüfungen ablegen können.

# Investitionen in Ausbildung lohnen sich

Kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Sie bilden das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft. Anhand des Beispiels Brasilien erläutert Bruno Wenn vom Entwicklungsfinanzierer DEG im Interview mit Dagmar Wolf, warum Investitionen in Aus- und Fortbildung wichtig sind.

## Interview mit Bruno Wenn

### Warum siedeln sich deutsche Mittelständler gern im relativ teuren São Paulo an?

Es gibt dorthin langjährige Beziehungen. Viele Unternehmen sind schon in São Paulo, hier gibt es Gerichte, die Auslandshandelskammer, den Deutschen Club, die deutsche Community. Diese Infrastruktur hilft gerade kleineren und mittleren Unternehmen beim Einstieg. Es gibt Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater und so weiter, die deutsche Unternehmen kennen. Im Landesinneren haben Sie diese Infrastruktur nicht in dieser Form. Da müssen Sie alles neu aufbauen, was natürlich wesentlich höhere Kosten bedeutet.

### Womit haben Ihre Kunden in Brasilien am meisten zu kämpfen?

Worüber viele Unternehmen klagen, ist die mangelnde Infrastruktur – und zwar besonders außerhalb von São Paulo. Dabei geht es etwa um Straßen, Strom, Wasser, Abwasser und Abfallwirtschaft. Es mangelt auch an qualifizierten Arbeitskräften. Schwierig sind zudem die administrativen Anforderungen und die Rechtsunsicherheit wegen teils unklarer Gesetze. So wird derzeit diskutiert, das Alter, ab dem man offiziell arbeiten darf, von 16 auf 18 Jahre anzuheben. Was sollen Jugendliche mit 16 oder 17 Jahren dann nach der Schule tun? Größere Unternehmen können sich Lehrwerkstätten leisten, in denen sie Jugendliche ausbilden. Kleinere Unternehmen können das meist nicht.

### Wenn Fachpersonal knapp ist, haben die Unternehmen doch ein Interesse daran, junge Leute auszubilden?

Sie müssen sogar ausbilden. Die beruflichen Qualifikationen, die Unternehmer

brauchen, liefert das staatliche brasilianische Bildungswesen nicht. Um die Qualität zu erreichen, für die deutsche Unternehmen stehen, ist auch eine entsprechend qualifizierte Belegschaft nötig. Ein Beispiel: Wer nicht gelernt hat, eine Bauzeichnung anzufertigen und zu lesen, kann die gewünschte Maschine auch nicht bauen. Und wer hochwertige Güter verkaufen will, muss Qualität liefern – auch im After-Sale-Service. Wenn eine Maschine versagt, muss rasch Hilfe bereitgestellt werden. Das können nur qualifizierte Mitarbeiter. Heute muss vieles digital geschehen – Diagnose per Computer, Reparatur per Software. Das sind zusätzliche Herausforderungen, und dafür müssen auch Mitarbeiter kleiner Werkstätten auf dem Land geschult werden.

### Bilden die Betriebe über den eigenen Bedarf hinaus aus?

Gut ausgebildetes Personal ist oft schwer zu halten. Das ist in Brasilien wie überall auf der Welt. Entsprechend ist es klug, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden.



den. Und wenn beispielsweise Mechaniker, die der Zulieferer Bosch ausgebildet hat, später eigene Werkstätten eröffnen, ist das für Bosch auch gut: Das sind potenzielle Abnehmer seiner Produkte.

### Ist betriebliches Training auf allen Ebenen nötig – bei niedrigqualifizierten Arbeitnehmern und bei Hochschulabsolventen?

Ja, denn der Wissensstand muss auf allen Ebenen an den jeweiligen Bedarf angepasst werden. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern vermitteln staatliche Bildungsinstitutionen eher theoretisches Wissen. In Deutschland betonen wir die Bedeutung auch von praktischem Wissen. Das ist etwas Besonderes. Dort, wo die Vermittlung von anwendungsrelevantem Wissen nicht selbstverständlich ist, müssen die Unternehmen selbst dafür sorgen, dass ihr Personal den Herausforderungen gewachsen ist.

### Die Verknüpfung von Theorie und Praxis, wie es die duale Berufsausbildung in Deutschland vorsieht, gibt es in Brasilien also nicht?

Die halbstaatliche Institution SENAI (Serviço Nacional de Aprendizagem Industrial – nationaler Ausbildungsdienst für die Industrielehre) bietet berufsbildende Kurse für die Industrie an sowie berufliche Weiterbildung. Sie kooperiert auch mit den Hochschulen bei der akademischen Ausbildung. Aber das gibt es nicht für alle Bereiche und ist keine generell übliche Einstellungsvoraussetzung. Der Vorteil des dualen Systems ist, dass der praktische Teil der Ausbildung in den Betrieben läuft. Das gibt es in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern bislang nicht. Unternehmer, die dort investieren möchten, sollten aber nicht warten, dass der Staat handelt, sondern unternehmerisch handeln und dabei vielleicht auch die Kooperation mit anderen suchen. In Indien ist etwa die katholische Initiative Don Bosco Mondo ein guter Partner. Sie entwickelt zusammen mit Firmen Ausbildungsgänge, die oft wenig qualifizierten Jugendlichen zugutekommen – und den Arbeitgebern auch.



Ausbildung bei Bosch in Campinas, Brasilien.

loping countries“ hat eine Reihe von Unternehmen untersucht und aufgezeigt, wie Qualifizierungslücken durch gezielte Maßnahmen privater Unternehmer bei Mitarbeitern, Zulieferern und angrenzenden Gemeinden geschlossen werden können (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/03, S. 6). Sie enthält auch eine Checkliste, mit der Unternehmen sich ihre eigenen Erfordernisse klarmachen können.

### Unterstützt die DEG nur deutsche Unternehmen oder auch brasilianische Unternehmen?

Wir fördern entwicklungs- und sozialpolitisch sinnvolle Privatinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern, und entsprechend finanzieren wir auch brasilianische Unternehmen. Wenn sie unseren Anforderungen entsprechen, können wir auch chinesische Firmen in Brasilien finanzieren – oder brasilianische Firmen in Mosambik, zum Beispiel. Wir wollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen fördern, die ihre Ideen ohne langfristiges Kapital nicht verwirklichen könnten. Die DEG beteiligt sich an vielversprechenden Vorhaben direkt oder finanziert sie mit langfristigen Krediten. Zudem kooperieren wir auch mit Banken und Fonds in Schwellen- und Entwicklungsländern. Wir leihen ihnen Geld und helfen ihnen, ihr Risikomanagement zu verbessern, damit sie kleine und mittlere Unternehmen vor Ort optimal bedienen können. Unsere Vision ist es, dass sich ein starker, leistungsfähiger Mittelstand entwickelt, wie wir ihn in Deutschland haben. In Deutschland sind 90 Prozent aller Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen. Und auch in vielen Entwicklungsländern sind kleine und mittelständische Unternehmen eine wichtige Säule.

## Tribüne

### Welche Rolle spielt die DEG?

Wir unterstützen solche Ansätze unter anderem im Rahmen von develoPPP.de. So heißt das Programm, mit dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) innovative Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft in Schwellen- und Entwicklungsländern fördert. Die Fördermittel fließen vielfach in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Ausbilden stellt viele Unternehmen vor große Herausforderungen und ist zunächst mit Kosten verbunden. Viele Manager zögern, das in einem Schwellen- oder Entwicklungsland anzugehen.

### Wie funktioniert develoPPP.de?

develoPPP.de richtet sich an deutsche und europäische Unternehmen, die sich langfristig in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren und dabei ihr unternehmerisches Engagement nachhaltig gestalten wollen. Das BMZ stellt hierfür öffentliche Mittel bis zu einer Höhe von 200 000 Euro und maximal 50 Prozent der Projektkosten zur Verfügung. Dazu finden vier Mal pro Jahr Ideenwettbewerbe statt, bei denen Unternehmen ihre Vorschläge einreichen können. Die Vorhaben

können bis zu drei Jahre dauern und in verschiedenen Branchen und Themen angesiedelt sein. Konkret kann es dabei etwa darum gehen, ein Pilotvorhaben oder Umwelt- oder Qualifizierungsmaßnahmen zu realisieren. Wichtig ist, dass die Vorhaben entwicklungs- und sozialpolitisch relevant sind. Für viele kleine und mittlere Unternehmen ist der eigene Beitrag von mindestens 50 Prozent der Projektkosten viel Geld. Wenn sie es ernst meinen, ist das Vorhaben ihnen aber auch dieses Geld wert. Der eigene Beitrag ist ein Ausdruck von Eigenverantwortung.

### Und was tut die DEG über develoPPP.de hinaus?

Wir sind Teil einer internationalen Initiative, die sich „Let's Work“ nennt. Es geht darum, langfristige Beschäftigung zu fairen Bedingungen voranzubringen. Im vergangenen Jahr haben wir im Rahmen dieser Partnerschaft eine Studie zu Qualifizierungslücken erarbeitet. Diese Lücken zwischen Anforderungen und den Qualifizierungen, die Arbeitnehmer mitbringen, sind eine große Barriere für soziale und ökonomische Entwicklung gerade in Entwicklungsländern. Unsere Studie „Bridging the skills gaps in deve-

### Links

**DEG-Studie:** Bridging the skills gaps in developing countries.  
[https://www.deginvest.de/DEG-Documents-in-English/About-DEG/What-is-our-impact/Bridging-Skills-Gaps\\_DEG\\_2016.pdf](https://www.deginvest.de/DEG-Documents-in-English/About-DEG/What-is-our-impact/Bridging-Skills-Gaps_DEG_2016.pdf)  
**Let's Work Partnership:**  
<https://letswork.org/>

### Bruno Wenn



ist Sprecher der Geschäftsführung der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, die als Unternehmen der KfW Bankengruppe den Privatsektor in Entwicklungsländern fördert.

<http://www.deginvest.de>

# Wenig ambitioniert

2011 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat Leitprinzipien über Unternehmensverantwortung und Staatenpflichten im Wirtschaftsgeschehen. Fünf Jahre später haben erst elf Regierungen nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Leitprinzipien beschlossen. In Kürze soll ein deutscher Aktionsplan folgen. Der Entwurf der fünf beteiligten Bundesministerien bleibt weit hinter den Erwartungen von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften zurück – allem Anschein nach geht er dem bislang unbeteiligten Finanzministerium aber schon zu weit.

Von Armin Paasch

➔ Dreh- und Angelpunkt der UN-Leitprinzipien ist das Konzept der „gebotenen menschenrechtlichen Sorgfalt“. Danach sollen Unternehmen die menschenrechtlichen Risiken und Auswirkungen ihrer Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen auch im Ausland untersuchen. Sie sollen den Risiken mit angemessenen Maßnahmen begegnen und darüber transparent berichten. Auch der Entwurf des deutschen Aktionsplans bringt die „Erwartung“ zum Ausdruck, dass deutsche Unternehmen diese menschenrechtliche Sorgfalt entlang der gesamten Lieferketten walten lassen. Das Problem: Verbindlich gilt dies nach dem bisherigen Entwurf nur für jene 174 Unternehmen, die sich im Eigentum des Bundes befinden. Anderen Unternehmen drohen bei Verstößen vorerst keinerlei Konsequenzen.

demgegenüber bereits jetzt eine gesetzliche Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten deutscher Konzerne einschließlich ihrer Tochterunternehmen und Zulieferer eingefordert. Zuwider-



Chiquilire/lineart

*Kupfermine in Peru: Im Bergbau kommt es regelmäßig zu Menschenrechtsverstößen.*

**Debatte**

Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis 2020 die Hälfte aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern die notwendigen Prozesse zur Gewährleistung der menschenrechtlichen Sorgfalt eingerichtet haben. Ab 2018 soll dies stichprobenartig überprüft werden. Erst wenn die Unternehmen diese Erwartung nicht erfüllen, sollen zusätzliche Maßnahmen einschließlich gesetzlicher Regelungen erwogen werden. Unklar bleibt allerdings, nach welchen Kriterien die Performance der Unternehmen bewertet werden soll. Noch ungewisser ist, inwieweit sich die künftige Bundesregierung an die Empfehlungen ihrer Vorgängerregierung gebunden fühlen wird.

Gewerkschaften, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen hatten

handlungen sollten Bußgelder nach sich ziehen und im Schadensfall Zivilklagen von Opfern vor deutschen Gerichten möglich machen. Die Bundesregierung sollte zudem Unternehmen von staatlichen Aufträgen und Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung ausschließen, die erwiesenermaßen gegen ihre Sorgfaltspflichten verstoßen haben. Menschenrechte müssten auch bei der Aushandlung und Umsetzung künftiger Handelsabkommen der EU grundlegend gestärkt werden – so die Forderung.

Mehrere Studien hatten in jüngster Zeit verdeutlicht, dass Menschenrechtsverstöße unter Beteiligung deutscher Unternehmen längst keine Ausnahmen sind. Vielmehr handelt es sich insbesondere bei ausländischen Geschäftsbeziehungen in den Sektoren Bergbau, Energie, Landwirtschaft und Manufaktur um ein strukturelles Problem. Kein einziger der 30 Dax-Konzerne setzt bislang die Empfehlungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umfassend um. Dreiundzwanzig von ihnen wurden innerhalb von zehn Jahren mit zahlreichen Menschenrechtsvorwürfen konfrontiert. Eine von der EU-Kommission finanzierte umfassende Studie war 2013 überdies zu dem Schluss gekommen, dass freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen in der Realität kaum Wirkung zeigen.

Der thematisch umfassende und partizipative Konsultationsprozess zum nationalen Aktionsplan hatte Anlass zur Hoffnung gegeben. Neben den Wirtschaftsverbänden hatten sich auch der DGB, das Forum Menschenrechte und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO intensiv daran beteiligt. Umso enttäuschender ist das Zwischenergebnis aus Sicht der Organisationen, die auf einen „ambitionierten“ Aktionsplan gehofft hatten.

Nun wird der Entwurf mit jenen Ministerien abgestimmt, die am Prozess bislang nicht beteiligt waren. Dem Vernehmen nach geht er dem Bundesfinanzministerium viel zu weit. Es lehnt sogar das Konzept der „menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht“ ab und will auch dann keine gesetzliche Regelung erwägen, wenn deutsche Unternehmen die Empfehlungen der Bundesregierung ignorieren. Sollte sich diese Sicht im Kabinett im Herbst durchsetzen, wäre der Aktionsplan wertlos. ←

Armin Paasch



ist Referent für Wirtschaft und Menschenrechte beim entwicklungspolitischen Hilfswerk Misereor und vertritt den Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO im Steuerungskreis der Bundesregierung zum

Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte.

armin.paasch@misereor.de

# Bruchstelle

Die meisten südasiatisch-stämmigen Briten wollten, dass das Königreich EU-Mitglied bleibt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden schlimmer, und viele Migranten fragen sich, was die Zukunft bringen wird. Voraussichtlich werden Identitätspolitik und religiöser Fundamentalismus zunehmen – in Europa und in Asien.

Von **Ceciel Shiraz Raj**

➔ Zunächst unterstützte Saeeda Warsi, die ehemalige Geschäftsführerin der Konservativen Partei, vor dem Referendum die Ausstiegskampagne. Sie änderte dann wegen ausufernder Xenophobie ihre Haltung, aber da hatten die Brexit-Befürworter schon etwa 30 Prozent der britischen Südasiaten für sich gewonnen. Viele meinten, der Ausländerhass, den die „Brexiters“ auslösten, betreffe nur Polen und andere Osteuropäer.

Tatsächlich wurde ein dumpfer Mix hässlicher Emotionen deutlich – koloniale Überheblichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Paranoia und Rassismus. Im Kern wollten sich die Brexiters von sozialer Vielfalt befreien, und das war 70 Prozent der südasiatischen Briten die ganze Zeit klar. Die Zeichen waren deutlich genug. Indische Kinder sind es gewöhnt, dass Altersgenossen in ihrer Nähe mitteilen, sie röchen Curry. Pakistaner werden „Pakis“ genannt. Der Ungeist früherer rassistischer Umtriebe lebt in der UK Independence Party und anderen Leave-Organisationen weiter.

Dass die Südasiaten in ihren national definierten Ghettos unter sich bleiben und wenig Kontakt untereinander haben, macht die Lage schlimmer. Pakistaner, Inder, Bangladescher, Nepalesen und Sri Lanker halten in Britannien nicht zusammen. Sie pflegen ihre eigenen Versionen von Chauvinismus, Spalterei und religiösem Fundamentalismus.

Eine Woche vor dem Referendum wurde Jo Cox getötet. Sie hatte als Parlamentsabgeordnete der Labour-Partei für die EU-Mitgliedschaft geworben. Ihr Mörder schrie: „Britain first!“ Bisher sieht es nicht so aus, als gehöre er zu der gleichnamigen Organisation, die prominente Muslime bedroht und schon in Londons größter Moschee für Ärger gesorgt hat. Sie bietet in den Waliser Bergen „Messer-

Selbstverteidigungs-Camps“ an. Sie hat nur ein paar hundert Mitglieder, aber fast 1,5 Millionen Likes auf Facebook. Es heißt, es gebe in Britannien rund 100 Hass-Verbrechen im Monat – Tendenz seit der Volksabstimmung steigend. An zuverlässigen Statistiken mangelt es jedoch.



Wegen wachsender Fremdenfeindlichkeit wechselte die konservative britische Politikerin Saeeda Warsi vor dem Referendum vom Leave- ins Remain-Lager.

Derweil versuchen Regierungen, Manager und Medien abzuschätzen, welche ökonomischen Folgen der Brexit haben wird. Unter den Auslandsinvestoren im Königreich stellen Inder die drittgrößte Gruppe. An die 6000 indische Ärzte und 20000 indische Pflegekräfte arbeiten für den National Health Service. Es gibt viele gut verdienende indische Steuerberater, Rechtsanwälte und Unternehmensmanager. Sind sie nach dem Brexit noch willkommen? Das kann niemand sagen. Werden die Heimatüberweisungen der Migranten einbrechen? Auch das weiß niemand.

Britannien ist der wichtigste Außenhandelspartner für Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch und Nepal. London hat diesen Ländern geholfen, in den Beziehungen zur EU den „GPS plus“-Status zu erreichen.

GPS bedeutet „Generalised Scheme of Preferences“ und steht für geringere oder sogar gar keine Zölle. London war zudem bisher ein wichtiger Geber von Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA). Welche Ziele wird die britische Regierung künftig verfolgen, und wird sie noch internationalen Einfluss haben? All das ist völlig offen.

Es scheint allerdings klar, dass die Brexit-Entscheidung extremistische Haltungen und Identitätspolitik stärkt. Afzal Khan ist britischer Europa-Abgeordneter pakistanischer Abstammung. Aus seiner Sicht ist Brexit ein schlechtes Signal

in Bezug auf die britische Vorbildrolle, was Modernität und kulturelle Vielfalt betrifft. Dinesh Bhattarai, ein ehemaliger UN-Botschafter Nepals, sagt, das Referendum könne in seiner Heimat das „Selbstbewusstsein der Radikalen und Fanatiker stärken“ und stelle grundsätzlich „die gesamte liberale Ordnung“ in Frage. Khaled Farooqi, ein pakistanischer Journalist in Brüssel, sagt: „Brexit ermutigt und stärkt sämtliche religiösen Extremisten und Radikale in Britannien und Pakistan. Für sie ist das ein Gottesgeschenk.“

**Ceciel Shiraz Raj**



ist Mitglied der Human Rights Commission of Pakistan und des Pakistan-India Peoples Forum for Peace and Democracy. Er lebt in Brüssel.

shirazraj@hotmail.com

# Massengräber auf Satelliten-Fotos

Heutzutage werten Menschenrechtsorganisationen und Ankläger beim Sammeln von Beweisen auch Satelliten-, Internet- und Handydaten aus. Vor Gericht können sie aufgrund von rechtlichen Unsicherheiten jedoch nur schwer verwendet werden. Regeln für digitale Beweise sind überfällig.

Von Benjamin Dürr

➔ In Burundi lieferten Informationen aus 45 Kilometern Höhe die Bestätigung für ein Massengrab. Amnesty International (AI) nutzte Satellitendaten, um die Aussagen von Bewohnern zu prüfen, in der Region Buringa seien Leichen vergraben worden. Der Vergleich von Aufnahmen von November und Dezember 2015 ergab, dass große Mengen Erdreich verschoben wurden.

Selbst bei Massenverbrechen gelingt es Tätern oft, das Ausmaß ihrer Taten zu verbergen. Sie schüchtern Zeugen ein, fälschen Beweise oder verweigern Ermittlern den Zugang zum Tatort. Neue technische Möglichkeiten können bei der Aufklärung helfen.

Ihr Einsatz bei der Strafverfolgung ist bisher jedoch die Ausnahme. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und die UN-Tribunale setzen nach wie vor vor allem auf herkömmliche Beweise wie Zeugenaussagen und forensische Untersuchungen. Besonders der Strafgerichtshof braucht aber eine größere Vielfalt der Beweisführung. Zeugen sind unzuverlässig. Ihre Aussagen sind oft ungenau, etwa weil die Verbrechen lange zurückliegen, oder gar gelogen, was an Einschüchterung oder Korruption liegen kann.

Zudem ist das Gericht, das über keine eigene Polizei verfügt, auf die Zusammenarbeit mit Regierungen angewiesen. Und die funktioniert nicht immer. Kenia verweigerte beispielsweise im Fall gegen Präsident Uhuru Kenyatta die geforderten Dokumente. Und der Sudan lässt keine Mitarbeiter des Strafgerichtshofs mehr ins Land. Die Ermittler können deshalb die Tatorte in Darfur für ihre Ermittlungen gegen Präsident Omar al-Baschir und andere mutmaßliche Kriegsverbrecher nicht besuchen.

Weil auch Amnesty nicht mehr nach Darfur reisen darf, nutzt die Organisation im Projekt „Eyes on Darfur“ („Augen auf Darfur“) Satelliten, um die Zerstörung von Dörfern oder die Bewegungen von Flüchtlingen zu verfolgen. Andere Initiativen verwenden Daten aus dem Internet. Das Syria Justice and Accountability Centre (SJAC) hat bereits rund eine Million Internetvideos aus



*Im Sudan dürfen Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs keine Beweise sammeln. Flüchtlingsfrauen arbeiten in einer Ziegelfabrik in der Konfliktregion Darfur.*

Syrien archiviert. Irgendwann könnten sie für einen Gerichtsprozess verwendet werden.

Mit moderner Software ist es möglich, auf Aufnahmen beispielsweise durch den Sonnenstand die Richtung eines Raketenanschlags zu bestimmen oder tausende Stunden Videomaterial zu durchsuchen. Die Software des SJAC spuckt dann zum Beispiel alle Videos aus, in denen ein bestimmter Panzertyp auftaucht.

Hinter den Kulissen arbeitet der Internationale Strafgerichtshof an ähnlichen Methoden. Eingesetzt werden sie bisher jedoch kaum. Ein Grund für die Zurückhaltung liegt in rechtlichen Unsicherheiten: Es gibt kaum Erfahrung, geschweige denn Regeln, wie mit digitalen Beweisen umzugehen ist. Satelliten beispielsweise produzieren Daten, die erst später zu Bildern zusammengesetzt werden. Vor Gericht

würden also nicht die Ursprungsdaten präsentiert, sondern verarbeitete Formen. Damit wären sie mittelbare Beweise, die relativ wenig Gewicht haben.

Zudem müsste man die Echtheit nachweisen. Laut AI ist es bei Satellitendaten deutlich schwieriger, Bearbeitungen zu erkennen als etwa bei Fotos und Videos. Doch es gibt Möglichkeiten. Gerichte müssen sich mit dem Thema beschäftigen, Präzedenzfälle schaffen und Regeln aufstellen.

Das UN-Sondertribunal für den Libanon leistet hier Pionierarbeit. Es stützt seine Anklage gegen die mutmaßlichen Attentäter des libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri 2005 vor allem auf eine

komplexe Analyse mehrerer Dutzend Handynummern. Die Ermittler haben Muster bei Anrufen entdeckt und wollen so beweisen, wie und von wem der Anschlag ausgeführt wurde. Ob sie damit Erfolg haben, zeigt sich aber wohl erst in ein paar Jahren, wenn die Richter ein Urteil sprechen. ←

### Links

**Amnesty-International-Projekt „Eyes on Darfur“:**

<http://www.eyesondarfur.org>

**Syria Justice and Accountability Centre:**

<https://syriaccountability.org/>

### Benjamin Dürr



ist Völkerrechtler. Er arbeitet als Prozessbeobachter und Analyst am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und den UN-Tribunalen für internationale Organisationen, Regierungen und Medien.

[mail@benjamin-duerr.de](mailto:mail@benjamin-duerr.de)

<http://www.benjamin-duerr.de>

# Unglücklicher Moment

Nigerias Volkswirtschaft steckt in einer schweren Krise. Ob Präsident Muhammadu Buhari die Dinge zum Besseren wenden kann, ist offen. Im Juni wurde die nationale Währung vom Dollar abgekoppelt. Das zeigt, dass die Regierung die Probleme erkennt, bedeutet aber noch nicht, dass sie ihnen gewachsen ist.

Von Ibrahim Mohammed

➔ Den offiziellen Daten zufolge rutschte Nigeria im zweiten Quartal in eine Rezession. Die Wirtschaft schrumpfte um 0,36 Prozent. Der Abschwung hat mehrere Gründe, wobei am wichtigsten ist, dass der Ölpreis auf dem Weltmarkt tief gefallen ist. Gewalt im ölreichen Niger-Delta hat aber auch die Förderung um rund ein Drittel zurückgehen lassen. Viele Menschen wissen nicht, wie sie zurecht kommen sollen, denn Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit steigen rasant.

Der Boko-Haram-Konflikt im Nordosten ist in erster Linie natürlich ein Sicherheitsproblem. Er hat aber auch

ökonomischen Konzepten der 80er Jahre nicht ab. Damals glaubten die Spitzenpolitiker ehemaliger Kolonien, sie könnten die Volkswirtschaft entwickeln, indem sie Unternehmen Anweisungen erteilten. Den Wechselkurs zu garantieren war dabei eine Frage des Stolzes.

Buhari gewann 2015 die Präsidentschaftswahlen, weil die Bürger sein Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, gut fanden. Er wollte sogar Schmiergelder zurückholen. Die Nigerianer sind es leid, in Armut zu leben, während eine kleine Elite den Ölreichtum abkassiert. Zu Jahresbeginn lebten mehr als 60 Prozent der Bevöl-

dafür, dass der Ölpreis abgestürzt ist – aber diese Entwicklung hat seinen Handlungsspielraum deutlich verringert. Vizepräsident Yemi Osinbajo sagte seinerzeit, die neue Regierung übernehme die Volkswirtschaft im schlimmsten Moment ihrer Geschichte. Vorherige Regierungen verließen sich auf üppige Öleinnahmen, aber jetzt sind die Zeiten mager.

In einem radikalen Schritt hat die Zentralbank im Juni die Landeswährung Naira vom Dollar abgekoppelt. Der Dollar kostet nun 280 Naira statt zuvor 199 Naira.

Das neue Wechselkursregime hat klare Vorteile:

- Nigerias Währungsreserven erodieren nicht so rasant wie zuvor, als der Staat den festen Wechselkurs garantierte; allerdings sind sie schon ziemlich knapp geworden.
- Der Schwarzmarkt, auf dem Währungen getauscht werden, hat seine Bedeutung verloren.
- Nigerias Exporte sind billiger geworden, und das kann die Wirtschaft in Schwung bringen.

Es gibt aber auch Nachteile. Vor allem sind Importe deutlich teurer geworden, was die Inflation weiter anheizt. Leider führt Nigeria außer Öl eigentlich nichts aus, und auf dem Weltmarkt hat die nationale Währung wenig Relevanz für die Ölnachfrage, sodass die Wirkung auf das Exportvolumen begrenzt bleiben dürfte.

Debatte

Buhari hat sich politisch viel vorgenommen. Die Menschen nehmen ihm ab, dass er sowohl der Korruption als auch Boko Haram und der Gewalt im Delta ein Ende setzen will. Wenn er aber die Wirtschaftsprobleme nicht in den Griff bekommt, wird es ihm schwer fallen, überhaupt etwas zustande zu bringen. ←

Ibrahim Mohammed

ist nigerianischer Journalist.



ibrahim.mohd80@yahoo.com



Demonstration gegen Subventionsabbau wegen steigender Treibstoffpreise.

ökonomische Folgen, da Militäreinsätze Staatsmittel in erheblichem Umfang erfordern.

Lange Zeit schien die Buhari-Regierung die wirtschaftlichen Probleme nicht ernst zu nehmen. Der Präsident hoffte wohl, es reiche, wenn seine Regierung einerseits die Korruption konsequent bekämpfe und andererseits die volkswirtschaftlichen Kommandohöhen besetzt halte.

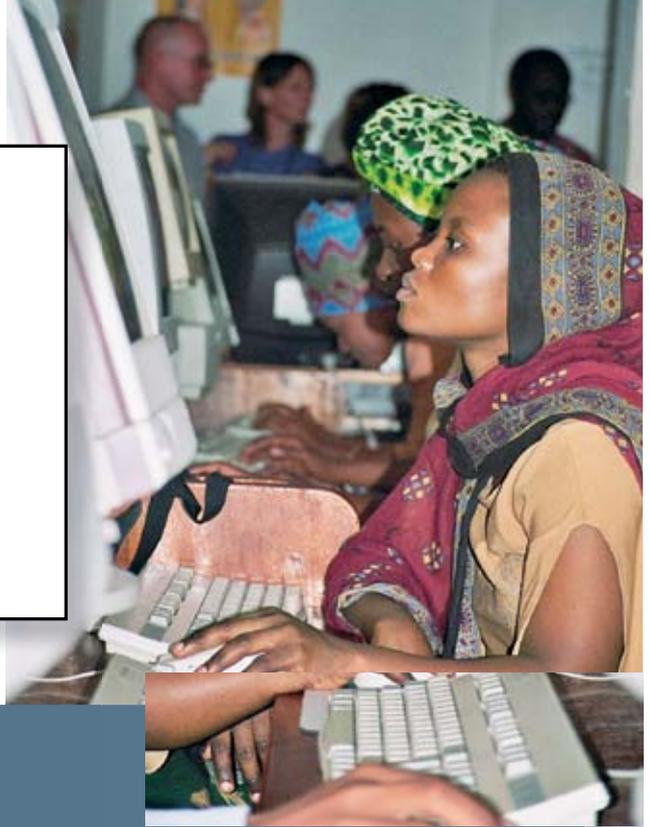
Buhari war Mitte der 1980er Jahre der Kopf einer Militärregierung und bezeichnet sich heute als „bekehrten Demokraten“. Bislang rückte er aber von den

kerung unter der Armutsgrenze, und ihr Anteil ist seither krisenbedingt gewachsen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die staatlichen Haushalte saniert werden müssen. 2015 wies Buhari die Zentralbank an, 27 nigerianischen Bundesländern auszuhelfen, damit sie ihren Staatsdienern ausstehende Gehälter bezahlen konnten. 36 Bundesländer und rund 800 Kommunen sinken tendenziell immer tiefer in die roten Zahlen.

Buhari hat als Präsident Pech. Er trat sein Amt an, als die Wirtschaft in den Abwärtsstrudel geriet. Er kann nichts

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum | English

**NEU!** Ein Jahr täglich neue Beiträge

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

SOCIAL MEDIA

Keeping a check on politicians



**DOSSIER DES MONATS**

UNVERZICHTBARE BILDUNG  
Weiter



BINNENVERTRIEBENE



BILDUNG

Aktuelle Blog-Beiträge

- Vacations in times of terror
- USA should evaluate all government spending, not just ODA

Folgen Sie uns